

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Verlag Heinz Jährenbeck, Düsseldorf, Florastraße 7, Telefon 14742 • Druck und Versand Joh. van Riden, Krefeld, Luth. Kirch. 65, Telefon 24514 • Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 8

Düsseldorf, den 19. Februar 1927

Verbandort Krefeld

## „Gegen den Besitzbürgerblock!“ Ein unhaltbares sozialdemokratisches Schlagwort

Unsere Tageszeitung „Der Deutsche“ nimmt in der Ausgabe vom 8. 2. 1927 in klaren und wirkungsvollen Ausführungen Stellung zu dem neuesten Kampftruf des sozialdem. Parteivorstandes. Es wird in dem mit „Besitzbürgerblock“ überschriebenen Leitartikel auf die Tatsache verwiesen, daß die neue Regierungskoalition fast alle Parlamentsvertreter der christlich-nationalen Arbeitnehmerschaft erfaßt. Daß sie ein starkes Band sei, das zwischen den einzelnen politischen Parteien ausgleichend zu wirken vermöge. Die realen Forderungen des Alltages, die Arbeit für die notleidenden Masse lehre, daß mit verfehlener Ideologie nichts erreicht würde. Wie die Zusammenarbeit der verschiedenen Stände innerhalb der sogenannten „Volksparteien“ den Interessenausgleich suche, so vermöge die jetzige Koalition den Ausgleich in den großen geistigen und kulturpolitischen Fragen unter Mithilfe einer Arbeitnehmerschaft zu leisten, die wegen ihrer gemeinsamen Grundlage das gegenseitige Verständnis erleichtere.

Die Sozialdemokratie sei von jeher die Partei des Schlagwortes und der hemmungslosen Agitation gewesen. Die sozialdemokratische Parole: „Gegen den Besitzbürgerblock!“ entstamme der Klassenkampfatmosphäre und übersehe deshalb die differenzierte Gliederung der nichtsozialistischen Parteien. Die Sozialdemokratie arbeite in ihrem Kampfauftritt wieder mit der schon so oft widerleg-

ten anmaßenden Behauptung, daß sie die alleinige Vertreterin der Lohn- und Gehaltsempfangenden Schichten sei. Der Abgeordnete Siegerwald habe aber in seiner jüngsten im Reichstage gehaltenen Rede mit Recht darauf hingewiesen, daß mindestens die Hälfte der Wähler der vier Koalitionsparteien Arbeitnehmer sind.

Ihre Position würde dadurch verstärkt, daß ihre Interessen mit denen anderer Stände vielfach gleich laufen oder doch so geartert seien, daß ein Ausgleich nicht schwierig sei. Parteien, deren Wählerschaft zur Hälfte aus Arbeitnehmern bestände, könnte man nicht als „Parteien der Arbeitgeberverbände, des Großkapitals und des Großgrundbesitzes“ bezeichnen, wie das die sozialdemokratische Kampfsprache tue.

Gewiß sei in den einzelnen Koalitionsparteien der Arbeitnehmereinfluß unterschiedlich verteilt, gewiß seien Unternehmerkräfte und Unternehmerviertel am Werke. Auch seien die Arbeitnehmerwähler in den Koalitionsparteien nicht ihrer Zahl entsprechend durch Abgeordnete vertreten. Das hinge mit der noch immer stark ständischen und deshalb reich gegliederten Struktur unseres Volkes zusammen, der die sogenannten Volksparteien im Gegensatz zu den Klassenparteien möglichst weithin Rechnung tragen wollen. Dies bedinge aber, daß die Arbeitnehmerwähler die Vertretung kleinerer Gruppen durch Verzicht

auf stärkere eigene Vertretung ermögliche, womit aber nicht gesagt sein soll, daß die Zahl der Arbeitnehmervertreter in den nichtsozialistischen Parteien groß genug sei.

Von der jetzigen Koalition würde sicher keine schlechtere Sozialpolitik gemacht werden, als wenn die Sozialdemokratie an der Regierung beteiligt wäre. Darauf habe Siegerwald in seiner letzten Reichstagsrede sehr richtig hingewiesen. Die sozialen Kämpfe der nächsten Zeit wären zwangsläufig unter jeder Regierung gekommen. Die Regierung habe wichtige sozialpolitische Aufgaben zu lösen, deren Gestaltung für die Arbeitnehmerschaft von einschneidender Bedeutung seien.

Es habe wenig Zweck, wenn man auf dem Gebiete der „direkten“ Sozialpolitik die Wünsche der Arbeitnehmerschaft erfülle, aber es an „indirekter“ Sozialpolitik, worunter eine von sozialen Gesichtspunkten getragene Steuer-, Wirtschafts-, Wohnungs-, Schulpolitik und andere mehr verstanden werden könne, fehlen lasse.

Die Hälfte der Wähler der nichtsozialistischen Parteien seien Arbeitnehmer. Diese könnten mit Recht verlangen, daß mit der Behauptung, ohne Heranziehung der Sozialdemokratie zur Regierung werde die deutsche Arbeiterschaft ausgeschaltet, endgültig Schluß gemacht würde. Sie müßten den Beweis dafür liefern, indem sie sich durchsetzten. Das erfordere aber, daß sie sich in viel umfassenderer Weise als bisher gewerkschaftlich zusammenfassen, wenn sie auch organisationsmäßig völlig dem Block der christlich-nationalen Arbeitnehmer verbunden seien. Dann erst sei der „Besitzbürgerblock“ in seiner Gliederung lebendig wirksam.

## Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten in der Textilindustrie

Kürzung der Akkordlöhne / Verlängerung der Arbeitszeit / Abschaffung bzw. Herabsetzung der Ferienvergütung / Textilarbeiter und -Arbeiterinnen, seid auf der Hut!

Schon seit vielen Wochen sind lange Spalten der Verbandsblätter der Textilarbeiter-Gewerkschaften gefüllt mit Berichten über Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten in der deutschen Textilindustrie. Eine Anzahl von Schiedssprüchen der staatlichen Schlichter waren inhaltlich völlig ungenügend. Darum kam es in manchen Bezirken zu Streiks und Aussperrungen. In allen Fällen, wo die Arbeiter der Textilindustrie gewerkschaftlich organisiert sind, führten diese Kämpfe auch zu teilweisen oder vollen Erfolgen für die Arbeiter.

Das Vorgehen der Unternehmer in der deutschen Textilindustrie bezweckt dreierlei:

1. Kürzung der Akkordlöhne, bzw. der Akkordstücklohnsätze;
2. Beibehaltung des bisherigen neunstunden-Arbeitstages, bzw. weitere Verlängerung der Arbeitszeit dort, wo jetzt schon achteinhalb oder neun Stunden am Tage gearbeitet wird, und
3. Abschaffung der Ferien durch Nichtvergütung der Ferientage, bzw. mögliche Herabsetzung der Vergütung für die Ferientage.

Die Kämpfe um den Bestand des bis dahin mühsam Erungen werden auch für die nächste Zeit noch weiter gehen. Selbst in den Bezirken, wo für Monate hinaus ein Lohnabkommen getroffen wurde, bzw. durch einen Schiedsspruch des staatlichen Schlichters festgelegt wurde, wird es in den nächsten Wochen noch zu Kämpfen in der Frage der Arbeitszeit kommen. Es werden ja zudem auch heute noch an einzelnen Plätzen erbitterte Kämpfe gegen den Verzicht der Arbeitgeber geführt, die Akkordlöhne noch weiter herabzudrücken.

In Schlesien haben 1500 Textilarbeiter und -Arbeiterinnen die Kündigung eingereicht, weil sie mit dem, was in einem Schiedsspruche des staatlichen Schlichters festgelegt wurde, unmöglich bestehen können.

Bei der Firma J. B. Wemberg in Barmen (Kunstseidenfabrik) legten Ende Januar über 1700 Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit nieder, weil die Firma eine 25-prozentige Lohnherabsetzung angekündigt hatte. Die Firma wandte sich daraufhin an den tariflichen Schlichtungsausschuß. Nach Zurücknahme des Antrages wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Die Firma verpflichtete sich, jeder Arbeiterin zunächst einen festen Tageslohn von M. 4,20 zu zahlen. Dieser soll so lange gezahlt werden, bis durch neue Verhandlungen die Lohnsätze endgültig für eine bestimmte Tarifdauer vereinbart worden sind.

Bei der Firma von Dalden & Co., S. m. b. H. in Soesfeld streiken nun schon seit sechs Wochen etwa 160 Arbeiter und Arbeiterinnen, weil die Firma sich hartnäckig weigert, die tariflichen Akkordlöhne mit den zuletzt durch Schiedsspruch festgelegten Erhöhungen zu zahlen.

Bei der Strichereifirma Rotke in Helmsdorf (Cichsfeld) erzielten unsere dort beschäftigten 103 Mitglieder die Streik-

genehmigung, weil die Firma neuerdings wieder Abzüge an den Akkordlöhnen vorgenommen hat.

Bei allen diesen Kämpfen kam und kommt noch jetzt unser Verband mit einer verhältnismäßig großen Mitgliederzahl in Frage. Auf den Verlauf der zahlreichen Bewegungen wird später noch im Einzelnen näher eingegangen werden müssen. Jetzt schon kann gesagt werden, daß die zur Zeit noch anhaltende gute Konjunktur in den allermeisten Zweigen der deutschen Textilindustrie noch ganz anders für die Arbeiterschaft hätte ausgewertet werden können, wenn die Arbeiterschaft in der deutschen Textilindustrie sich früher in viel stärkerem Maße gewerkschaftlich organisiert hätte.

### Der Schiedsspruch im ostfälischen Textilgewerbe für verbindlich erklärt.

Der Schlichter für Sachsen hat den Schiedsspruch des Dresdener Schlichtungsausschusses für die ostfälische Textilindustrie, der die Arbeitszeit auf 33 Stunden wöchentlich festsetzt, für verbindlich erklärt. Die Arbeitnehmer hatten ihn bekanntlich abgelehnt, die Arbeitgeber angenommen.

### Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches in der Bielefelder Textilindustrie.

Der am 20. Januar 1927 vom Schlichter in Dortmund gefällte Schiedsspruch ist auf Antrag der Gewerkschaften vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden. Damit ist der Wirtschaftsfrieden wieder hergestellt.

### Ernste Lohnstreitigkeiten in der schlesischen Textilindustrie.

Nachdem der am 19. 1. vom Schlichter in Breslau gefällte Schiedsspruch für die schlesische Textilindustrie von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite abgelehnt wurde, sind die gekündigten Tarife am 1. Februar abgelaufen. Auf Beschluß einer in Breslau am 27. Januar stattgefundenen Funktionär-Konferenz der beteiligten Gewerkschaften wurde den Arbeitgebern am gleichen Tage ein auf 15 Prozent allgemeine Lohnerhöhung ermächtigter Vorschlag für die Verlängerung der Tarife unterbreitet, der jedoch unter grundsätzlich ablehnender Stellungnahme der Arbeitgeber keine Annahme fand. Nachdem nunmehr die im Bereiche des Verbandes schlesischer Textilindustrieller befindlichen Betriebe sich seit 1. 2. in einem tariflosen Zustande befinden, unterbreiteten die Delegierten einer Anzahl Betriebe durch ihre Betriebsvertretungen den Firmenleitungen ihrerseits erneut Forderungen auf entsprechende Erhöhung der unzureichenden Löhne, die ebenfalls — bis auf einen Betrieb, der eine beträchtlich über den Breslauer Spruch hinausgehende Erhöhung gewährte — abgelehnt wurden. In fünf Betrieben der Bezirksamtsgruppe Reichenbach des Verbandes

Schlesischer Textilindustrieller e. V. wurde darauf am 4. bezw. 5. Februar von

insgesamt zirka 1500 Arbeitern die Kündigung eingereicht.

Nach uns gewordenen Informationen dürfte der Arbeitgeberverband in der kommenden Woche in einer Hauptversammlung seiner Mitglieder zu diesen Maßnahmen der Arbeitnehmerschaft Stellung nehmen und entsprechende Beschlüsse fassen. Die von den Gewerkschaften auf 15 Prozent reduzierte Forderung bedeutet auf die Spitzenlöhne von 33 bezw. 44 Pfg. einen Zuschlag von 5 bezw. 6,5 Pfg. und bleibt in ihrer effektiven Höhe noch beträchtlich hinter den für andere Bezirke gewährten Erhöhungen zurück. Nur unter schwerem Bedenken ist dieser Verminderung der Forderung von der Arbeiterschaft zugestimmt worden, indem gleichzeitig allgemein schärfste Entrüstung über den vom Schlichter gefällten unverständlich niedrigen Schiedsspruch (6<sup>1/2</sup>%) zum Ausdruck kam.

Mit Nachdruck wurde in wiederholten Versammlungen der Arbeiterschaft die berechtigte Forderung ausgesprochen, zum mindesten in der Festlegung der effektiven Lohnzuschläge gleiche Bewertung zu finden, wie die Arbeitnehmer anderer Bezirke und Industrien. Hoffen wir, daß einsichtige Arbeitgeber im Verbände Schlesischer Textilindustrieller e. V. ihren Einfluß geltend machen, daß dieser berechtigten Forderung der Arbeiterschaft entgegen wird und weitere Differenzen, die sonst ernstlich zu befürchten sind, vermieden werden.

### Das „Dinta“.

Von Franz Fischer, Düsseldorf.

II.

In der Arbeiterschaft besteht die Befürchtung, daß diese Bestrebungen nur eine neue Methode sind, die gewerkschaftlichen Organisationen an die Wand zu drücken und die Arbeiterschaft unter der Maske der Humanität erneut in ein Abhängigkeitsverhältnis hineinzupressen. Man steht im „Dinta“ den Versuch, in großzügiger Weise unter kluger Berücksichtigung der feinsten Imponderabilien auf neuen Wegen eine gelbe Bewegung zu züchten.

Arnhold bestrittet das. Er äußerte sich gelegentlich einer Aussprache, daß er jene Menschen der gelben Bewegung hoffe, die nur Wohlstand erstrebten und die um eines materiellen Vorteils willen ihre Ueberzeugung verkaufen. Er erkannte auch die Zugehörigkeit des Arbeiters zu seiner Berufsorganisation als berechtigt an. Trotz dieser Äußerungen Arnholds glauben wir Grund zu haben, den Bestrebungen des „Dinta“ mit größter Vorsicht und einem gesunden Mißtrauen zu begegnen.

Das „Dinta“ ist ein einseitig von der Industrie geschaffenes und beherrschtes Institut. Das schon berechtigt zur Vorsicht. Eine wirkliche, ehrlich gemollte Arbeitsgemeinschaft kann nur mit der Arbeiterschaft, nicht ohne sie erreicht werden. Hier schon scheinen sich unsere Auffassungen von den Arnholdischen zu scheiden. Er lehnt trotz seiner theoretischen Anerkennung der Berufsorganisationen deren Mitwirkung und Mitbestimmung ab. Angeblich weil seinen Bestrebungen bei einer Mitwirkung der Gewerkschaften in Unternehmerkreisen unüberwindliche Schwierigkeiten erwüchsen. Das aber ist gerade das Begehrteste. Solange diese Einstellung bei unsern Unternehmern vorherrschend ist, befürchten wir, daß die Arnholdischen Bestrebungen nicht zu einer wirklichen Arbeitsgemeinschaft, sondern zu einer neuen Bevormundung der Arbeiterschaft führen. Dafür spricht auch die Einstellung Arnholds zum Be-

tribeirat. Er will diesen wohl als mitberatendes, aber nicht als mitbestimmendes und kontrollierendes Organ anerkennen. Dafür spricht ferner die Tatsache, daß in beiden mit Lehrverhältnissen des „Dinta“ versehenen Textilbetrieben, der Lehrvertrag

ein direktes oder indirektes Koalitionsverbot:

vorsah. Bei der Firma Birmes berechnete der Beitritt des Lehrlings zur Gewerkschaft zur Lösung des Lehrverhältnisses. Die Firma Deilus verbot den Lehrlingen die Beteiligung an allen Bestrebungen, die sich gegen den Arbeitsfrieden im Betrieb richten. Gewiß, im ersteren Fall mußte die Bestimmung auf unsere Veranlassung hin, weil ungesetzlich, ausgemerzt werden. Immerhin zeigen die Vorkommnisse, wie die Arbeitgeber die Bestrebungen des „Dinta“ auffassen. Bezeichnend ist weiter, daß der Berliner Vertreter des „Dinta“, ein Hauptmann a. D. namens Friedrich Kienzl, ein eifriger Propagandist der gelben Vaterländischen Arbeitervereine ist. Dieser Kienzl hat kürzlich noch unter Berufung auf seine Beziehungen zum „Dinta“ einen großzügigen Organisationsplan zur Einführung der Vaterländischen Arbeitervereine in der schlesischen Industrie entworfen und für dessen Durchführung die finanzielle Hilfe der schlesischen Industriellen erbeten.

Die Bestrebungen der Arbeitervereine sind also nicht unbedingt. Vorgehenwärtig kann sich die Einstellung weiter unternehmerkreise, dann hält es schwer, an das ehrliche Wollen einer wirklichen Arbeitsgemeinschaft zu glauben. Man merkt zu wenig von der hierzu erforderlichen Gemeinschaftsgegnung. Professor Deffauer, der die Notwendigkeit und Bedeutung der Arbeitsgemeinschaft durchaus bejaht, bezeichnete kürzlich in einer Rede in Düren

das überhandnehmende reine Erwerbstreben

als größtes Hemmnis für die Entwicklung zur Arbeitsgemeinschaft. Er machte bei der Gelegenheit laut „Dürener Zeitung“ folgende keine Unterscheidung zwischen dem Kapitalisten und dem wirklichen Unternehmer:

„Der Kapitalist“, so sagte er, „will nur verdienen, ganz gleich mit welchem Werk oder welcher Industrie. Er ist also ein ganz seelenloser Geldmacher. Die Ware ist ihm nichts, der Verdienst alles. Dagegen hängt der Unternehmer am Werk. Ihm ist die Arbeit Lust und Freude. Die Güte der Ware sein Stolz. Er will zwar verdienen, aber mehr noch dienen. Seine Mitmenschen sollen etwas von ihm haben. Reiner sind die heutigen heutigen Unternehmer vielfach in den Kapitalismus hineingeführt. Die Konzerne, die reinste kapitalistische Erfindung, beginnen das gesunde Unternehmenselement. Der Dienst hört auf. Der Verdienst ist alles. Banken und sonstige kühle, leere Recheninstitute werden die Generaldirektoren der Arbeitsplätze.“

Dieser Entwicklung begegnen wir im Wirtschaftsleben tatsächlich allenthalben. In der geistigen Atmosphäre aber vermag keine wirkliche Arbeitsgemeinschaft, erst recht keine Betriebsgemeinschaft zu gedeihen. Die kalte, rücksichtslose Art, wie rationalisiert wurde, mit der man alte, um das Werk verdiente Arbeiter „abgebaut“ hat, der fortgesetzte, organisierte und systematisch durchgeführte Widerstand gegen jede Lohnerhöhung und Beschränkung der Arbeitsdauer, als auch gegen jeden sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Fortschritt, der sich immer wiederholende Versuch, bestehende Akkordsätze zu kürzen, die offen und still betriebene Sabotage des Betriebsräteswesens, sind keine Wege, die zur Betriebsgemeinschaft führen. Hier hat bei unseren Unternehmern die Wendung einzusetzen.

Der Wille zur Arbeitsgemeinschaft muß sich in Taten äußern.

Dann erst vermag die Arbeitererschaft daran zu glauben. Bis jetzt spricht noch nichts dafür, daß die hinter dem „Dinta“ stehenden Unternehmerkreise hierfür die erforderliche Einsicht zeigen. Auch daß die Kreise um das „Dinta“ ausschließlich von der Betriebsgemeinschaft reden, gibt zu denken. Gewiß umfaßt der Betrieb wichtige Interessen des Arbeiters. Wir verkennen auch durchaus nicht, daß diese nach mancher Seite hin mit denen des Unternehmers Hand in Hand gehen. Auch wir würden einen Zustand begrüßen, der es dem Arbeiter freiwillig ermöglicht, den Betrieb als seinen Betrieb anzusehen und sich selbst als wirklichen Mitarbeiter und Mitträger des Betriebes zu fühlen. Dabei vergessen wir aber keinen Moment, daß für den Arbeiter über den Betriebs-, die Berufs- und Standesinteressen, und

über der Werksolidarität die Berufs- und Standesolidarität steht. Der einzelne Betrieb ist nicht isoliert. Die Verhältnisse in ihm werden nach jeder Seite hin von den Gesamtverhältnissen entscheidend beeinflusst. Von deren Gestaltung hängt darum das Wohl und Wehe des Arbeiters auch im Betriebe ab. Wollte er sich darum einer Werksgemeinschaft zuliebe von der Gemeinschaft mit seinen Berufs- und Standesgenossen lösen, so würde ihm das bald zum Verhängnis werden. Heute ganz besonders. Der einzelne Betrieb verliert ja mehr und mehr an Selbstständigkeit. Große Kartelle und Syndikate und — zum Teil international orientierte — Konzerne und Trusts greifen beherrschend und dirigierend ein; legen nicht rentabel genug wirtschaftende Betriebe still; regeln die Absatz- und Preisverhältnisse und beeinflussen die Lohngestaltung. Was bedeutet diesen mächtigen Gebilden gegenüber die Werksgemeinschaft? Warum sucht man diese der Arbeiterschaft mündig gerecht zu machen, während man von einer

Mitbestimmung des Arbeiters in den wirtschaftlichen Entscheidungen der Industrie

und in den großen Industriekonzerne nichts wissen will? Glaubst man denn wirklich, eine auch der Arbeiterschaft gerecht werdende Werksgemeinschaft sei möglich unter gleichzeitigem Ausschluß der Arbeiterschaft aus den wichtigsten, das wirtschaftliche Leben beherrschenden Institutionen?

Grundätzlich ablehnend stehen wir jedoch der Arnoldschen Methode gegenüber, den jungen Menschen ganz, auch außerhalb der eigentlichen Arbeitszeit, in Anspruch zu nehmen. Schon die Errichtung eigener, jeder Kontrolle entzogener Werkschulen geht zu weit. Zu weit geht auch die völlige Inanspruchnahme der Freizeit der jungen Menschen durch sportliche und unterhaltende Darbietungen. Die Erziehung kann und darf nicht Sache der doch vorwiegend oder ausschließlich von wirtschaftlichen Erwägungen ausgehenden Werksleitung sein. Eltern, Arbeiterstandsorganisationen, kirchliche Gemeinschaften und Staat haben gleichermaßen ein Interesse daran, das zu verhüten.

Wäge das Werk den jungen Menschen sachliches Können vermitteln. Die theoretische Ausbildung aber und die Pflege des Berufsgedankens, sowie die charakterliche Erziehung muß Sache einer unter öffentlicher Kontrolle stehenden Berufsschule, sowie der freien Jugendbewegung sein.

Glaubt die Industrie, daß die Berufsschulen den Anforderungen nicht genügen, dann erstrebe sie deren Ausbau. Fallen muß ferner jeder direkte oder indirekte Zwang zur Teilnahme an den von den Werken veranstalteten sportlichen und unterhaltenden Darbietungen. Die Jugend bedarf außer der beruflichen auch der religiösen Vertiefung sowie dringend der geistigen Erziehung auf Gebieten, über die sie von der Werksleitung nichts zu hören bekommen. Dafür muß der Jugend die erforderliche Zeit zur Verfügung stehen. Es wird Aufgabe des kommenden Berufsausbildungsgesetzes sein, hier regelnd einzugreifen.

Gewerbeaufsicht — Frauenschutz.

Zu eine der wichtigsten staatlichen Einrichtungen, die besonders für die merkwürdige Arbeiterschaft von größter Bedeutung sind, zählen wir die Gewerbeaufsicht. Deren Aufgabengebiet ist vielseitig und läßt sich trotz der bestehenden Normierung nicht eng abgrenzen. Ueberaus interessant sind die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten, die alljährlich von der Reichsarbeitsverwaltung veröffentlicht werden und die uns einen Einblick in die umfangreiche Tätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten gewähren.

Die Berichterstattung der Gewerbeaufsichtsbeamten erstreckt sich zunächst auf die Schülberung der wirtschaftlichen Entwicklung und der damit verbundenen Ab- oder Zunahme der Arbeiter und Angestellten, in den für ihren Bezirk in Frage kommenden Industriezweigen. Tabellen zeigen statistische Angaben über die in den Berichtskreis fallenden Betriebe, die Beschäftigungsziffer der Arbeiter und Angestellten nach Altersklassen und Geschlecht geordnet. Ferner wird berichtet über die im Berichtsjahr abgeschlossenen Tarifverträge, Sonderabkommen, Arbeitsordnungen, Arbeitsvertragsbedingungen, Betriebsinrichtungen, Kurzarbeit, Ueberarbeit, Betriebsunfälle, Gesundheits-, Sittlichkeitschutz, Lohnzahlungen, Lohnbücher, Lehrlingswesen, Heimarbeit in den ver-

schiedenen Gewerbebezügen, Verstöße gegen die Sonderbestimmungen für Arbeiterinnen, jugendliche Arbeiter und Kinder.

Die Beschäftigung noch schulpflichtiger Kinder geschieht trotz aller gesetzlichen Verbote noch immer. Besonders ist dieser Uebelstand festzustellen in der Heimarbeit. Reichlich Arbeit verrichten den Aemtern gerade die Durchsicht der Schullisten über Kinderarbeit und die hieran anknüpfenden örtlichen Ermittlungen und Strafverfolgungen.

Einen weiten Raum widmete der Jahresbericht der schlesischen Gewerbeaufsichtsbehörde dem Schutz der werdenden Mutter im Erwerbsleben. Die Eingabe des Deutschen Textilarbeiterverbandes an den Reichstag betreffs Erleichterung des Schwangerschutzes sowie das Gutachten der Frau Dr. Dietrich-Leipzig sind darin enthalten. Auch die Schutzforderungen für die erwerbstätige Frauenvwelt, die am 18. September 1926 in Luzern unsere Internationale christliche Arbeiterinnenkongress aufgeworfen und vom 3. Kongress des Internationalen christlichen Gewerkschaftsbundes einstimmig angenommen wurden, sind in diesem Bericht wiedergegeben.

Das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium hat, um im Rahmen der bestehenden Gesetzgebung das zunächst Mögliche zu erreichen, die Gewerbeaufsichtsämter folgendenmaßen angewiesen:

„Die Gewerbeaufsichtsbeamten sollen bei ihren Betriebsbesichtigungen den schwangeren Frauen ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden und sie auf die Mutterberatungsstellen und Mutterkucheninrichtungen des zuständigen Wohlfahrtsamtes, das pflichtgemäß solche zu schaffen hat, einbringlich hinweisen. Schwangere Frauen leiden mehr als andere Personen unter den Einwirkungen von Hitze, Dämpfen und Gerüchen. Wesentliche Erleichterungen können für sie durch Unterbringung in Arbeitsräumen geschaffen werden, in denen solche Belastigungen nicht auftreten. Ferner fallen bekanntlich Arbeiten, die im Stehen oder Laufen ausgeführt werden müssen, Schwangeren besonders schwer; sie können auch schwere Schädigungen für diese herbeiführen. Um der Schwangeren während der Arbeit Gelegenheit zu kurzer Ruhe zu geben, ist die Schaffung von Sitzgelegenheiten an ihrem Arbeitsplatz oder in seiner Nähe erforderlich. Außerdem ungeeignete Beschäftigung (schweres Heben usw.) muß von den Schwangeren ferngehalten werden. In der Regel werden einrichtungslose Arbeiter einer derartigen Hinweife ohne weiteres Folge leisten; im Falle einer unbegründeten Weigerung wäre nach § 120 der GO. zu verfahren.“

Die Besitzer oder Leiter großer Betriebe mit starker weiblicher Belegschaft, z. B. in der Textilindustrie, dürfen sich auch weiteren Anregungen nicht verschließen, deren Ausführung teilweise nicht nur im Interesse der Schwangeren, sondern des gesamten Betriebes liegen würde. So würde beispielsweise die Einstellung eines Fabrikarztes sämtlichen Arbeitern des Betriebes Nutzen bringen können. Durch die Einrichtung von ärztlichen Sprechstunden für die schwangeren Arbeiterinnen würde eine wirksame Schwangerschaftsüberwachung im Betriebe geschaffen. Damit die Schwangeren während der Pause sowie bei vornehmenden Schwächezuständen und sonstigen aus der Schwangerschaft herrührenden Anfällen Gelegenheit zu bequemem Liegen haben, wäre die Herrichtung eines freundlich eingerichteten Raumes notwendig. Auch die Einrichtung guter Kantinen und die Bereitstellung von Speisen und Getränken, welche den besonderen Bedürfnissen der schwangeren Arbeiterinnen entsprechen, können zur Erleichterung der Lage der gewerblich tätigen Schwangeren wesentlich beitragen. Die Bereitstellung von arztlichen und anderen Hilfsmitteln in Notfällen im Betriebe; in denen Arbeiterinnen beschäftigt werden, ist ärztlichem Ermessen zu überlassen. Hierzu wird auf die Verordnung über die Erste Hilfe in gewerblichen Betrieben vom 26. Januar 1925 — § 6 a B — hingewiesen. Die gleiche Aufmerksamkeit ist sinngemäß auch den stillenden Frauen und deren Kindern zu widmen (Einrichtung von Stillstühlen und Krippen) wie überhaupt die bedürfnispolitisch so überaus bedeutungsvollen und oft bedenklichen Beziehungen zwischen Mutter und Kind nicht außer acht gelassen werden dürfen. Auch hierbei wird ein möglichst enges Zusammenarbeiten von Gewerbeaufsicht und Wohlfahrtsamt zu pflegen von besonderem Vorteile für die gewerblich tätigen Frauen sein. Bei Empfehlung von Krippen, Kindergärten und Kinderhorten ist nie zu vergessen, daß diese Einrichtungen auch bei bester Führung nur eben ein Ersatz für die Pflege von Mutter und Kind sind.

Ueber diese Fragen wäre auch mit Fabrikpflegerinnen, deren Einstellung im Einvernehmen mit der Belegschaft wiederholt anzuregen ist, ins Benehmen zu treten.

Meiner Mutter.

Wie oft sah ich die blauen Hände nähen  
Ein Stück für mich — wie liebevoll du sorgtest!  
Ich sah zum Himmel deine Augen sehen,  
Ein Wunsch für mich — wie liebevoll du sorgtest!  
Und an mein Bett kamst du mit leisen Zehen,  
Ein Schutz für mich — wie sorgenvoll du horchtest!  
Längst schon dein Grab die Hände überwehen,  
Ein Gruß für mich — wie liebevoll du sorgtest!  
Deine von Villencron.

Erwerbstätige Frauen

Von W. Schen

(Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Eva fuhr fort: „Solche Nebenverdienste gabs bei uns in der Anstalt nicht, und unsere Brotrollen waren nach unseren Begriffen verschwindend klein. Da waren wir froh, wenn wir auf den abgetrennten Koppsefeldern unseres Hofes die stehengebliebenen Strünke heimlich holen und auspöhlen konnten. Unser Kinderhunger wurde freilich nicht viel geringer dadurch.“  
Als ich dreizehn Jahre alt war, erkrankte ich an Hüftgelenkentzündung. Da kam ich ins Krankenhaus und mußte ein paar Jahre dort zudringen. Als ich entlassen wurde, hinkte ich, wie ja heute noch.“  
„Woher kannst du denn so schön handarbeiten“, fragte Johannes, mit einem Blick auf die Häkellei, die das unermüdbliche Mädchen gerade zur Hand nahm. „Du stichst und nähst, die Lotte kann garnichts.“  
„Lotte hat früh verdienen müssen“, entschuldigte Eva. „Mir blieb während der langen Krankheit Zeit genug, es zu erlernen. Wie ich entlassen war, stand ich rat- und mittellos da. Vater konnte mich nicht dabehalten. Er hatte das Haus voll Kinder, es war kein Platz da für mich, und die neue Mutter mochte mich ja nicht.“  
So ging ich von einer Koststelle zur andern, immer war etwas, warum ich nicht bleiben konnte. Da kam ich zu euch, und — meine Mutter ist gut, Johannes.“  
Der stich mit einer schenen Bewegung über den blonden Mädchenkopf.  
„Und ich, Eva, ich meine, wenn du mich auch ein wenig lieb hättest?“  
Da entzog sie ihm die schmale Hand, die er ergreifen. „Ich will keine Liebelei“, sagte sie streng.  
„So ist mir ernst, Eva“, beteuerte er.

„Wir wollen heiraten, bist ja hier doch wie ein Kind vom Haus.“  
„Und deine Mutter“, zweifelte sie. „Wir dürfen ihr das nicht antun.“  
„Nein, nein“, fuhr sie fort. „Suche dir eine hübschere. Was soll dir denn so ein armer Hinkelst.“  
Da schloß er sie in seine Arme. „Dich will ich, Eva, dich! Sieh mal, Kind, Mutter überläßt uns sicher ein Zimmer. Wir können ja einen gemeinsamen Haushalt führen.“  
Nur daheim halten kann ich meine künftige kleine Hausfrau nicht, so gerne ich es möchte. Mutter darf nichts entbehren, und für uns alle reicht mein Verdienst nicht aus.“  
Da sagte Eva: „Ich will ja gerne weiterarbeiten. Ach, Johannes, wie das sein wird, endlich eine Heimat haben.“  
Frau Stein kam herein, sie suchte Eva.  
Da sagte ihr der Sohn: „Mutter, ich habe mich mit Eva verlobt.“  
„Dummer Junge“, schimpfte die. „Nach doch keine albernen Rige.“  
An jenem Abend glaubte die Mutter ihm nicht, aber auf die Deuer mußte sie doch erkennen, daß treue Liebe nicht voneinander läßt; das machte sie für einige Zeit hart und kalt, und für Eva begann wieder eine unguete Zeit.  
Mehr als ein halbes Jahr war seit Lottens Hochzeitstag vergangen.  
Auch Johannes und Eva waren verheiratet.  
Der junge Mann hatte auf baldige Verbindung gedrängt, um seine kleine Braut nicht wieder obdachlos zu machen.  
Die Mutter mußte sich fügen, denn Eva ließ, trotz aller Nachgiebigkeit, nicht von ihrer Liebe.  
So hatte bei Sterns einige Wochen nach der ersten auch die zweite Hochzeit stattgefunden.  
Es war nur eine ganz schlichte Feier gewesen, und Lotte war dabei garnicht auf ihre Kosten gekommen.  
„Nun mußst du, als junge Frau, zwischen all dem alten Kram weiterleben hier. Pah, für mich wäre das nichts, es geht doch nichts über eine neue Einrichtung“, hatte sie zu der neuen Schwägerin gesagt.  
Die ließ jedoch die Lotte reden. Eine neue Wohnung bekamen sie doch nicht. Die Mutter brauchte sich nicht zu verändern. Und, es war alles gut so.  
Jetzt glanzte ein früher Sommertag da draußen. Breite Lichtbahnen gingen durch den Fabriksaal. Und in einer derselben stand Frau Eva an ihrer Maschine.  
Da ging ein Bieghammergehilfe durch den Raum. Er brachte mit dreiftem Blick musterte er die Frauengestalt. Mächtig glitt ein hämisches Lächeln über sein Gesicht, und die Mitteilung

die er dem Meister leise machte, mußte wohl viel Spaß auslösen, denn die beiden Männer bogen sich vor Lachen.  
Einige Augenblicke später machte sich Meister Schmidt an der Maschine der jungen Frau zu tun. Dabei machte er eine Bemerkung, die ihr eine Blutwelle ins bleiche Angesicht trieb.  
Er lachte sein häßlichstes Lachen und griff nach ihrem Arm. Da stieß sie ihn weg, und vor ihren bebenden Fingern flohen flatternd ein paar Fäden fort.  
In diesem Augenblick kam Frau Berg mit einer Riste leerer Spulen. Sie überfah gleich die Situation und konnte sich nicht enthalten zu sagen: „Och, das alte Spiel wieder an! Haben Sie denn gar keine Achtung mehr vor der Frau, die ihrem schwersten Erleben entgegensteht? Wenn man Ihre eigene Gattin so behandelt?“  
Meister Schmidt entgegnete nichts, aber er warf der Tablerin einen gebäffigen Blick zu und machte sich an einem Regal zu schaffen.  
Da sie ihn außer Hörweite glaubte, fügte sie, zur Gefährtin gewandt, noch bei: „Du bist doch christlich organisiert, Eva. Könntest du so etwas nicht einmal in einer eurer Sitzungen vorbringen? Es müßte endlich etwas dagegen geschehen.“  
Aber die junge Frau schüttelte traurig den Kopf. Nie würde sie davon reden können.  
Schwer lag ihr Körper über der Maschine. Aber vergebens dehnte und redete sie sich nach den Fadenenden, sie sah nichts vor Tränen.  
So leise jedoch Frau Berg glaubte gesprochen zu haben, daß von der christlichen Gewerkschaft die Rede gewesen, hatte Meister Schmidt doch verstanden.  
Mächtig stand er neben Frau Bergs Maschine. Mit mühsam unterdrückter Wut sagte er: „Ich lasse mir von Ihnen keine Beschränkungen machen, verstanden? Und wenn Sie mir die Leibe hier aufheben wollen, sehen Sie mal hier.“  
Damit hielt er ihr eine Spule dicht vor die Augen; darin hing das Fadenende in Luft und Wirrwis untergegangen. Haltlos hingen die Garnanlagen über dem Spulentand.  
„Die ist von Ihnen, Frau Berg“, fuhr der Meister fort, „da im Regal hat sie gelegen. Neulich ist Ihnen das passiert, als sie das Kind krank liegen hatten und nach einer schlaflosen Nacht hier morgens antraten. Ich habe damals Rücksicht genommen, weil Sie ja allein stehen. Aber nehmen Sie sich noch einmal so etwas heraus, dann zeige ich die verunglückte Spule vor, und Sie können gehen.“  
Stumm saßen sich die Weiden mit feindseligen Blicken.  
Frau Berg preßte die Lippen zusammen und nahm innerlich zitternd die Arbeit wieder auf. Sie mußte ja schweigen, es blieb ihr keine andere Wahl. Und doch war dieses, ihr Erlebnis, nicht das schwerste, das ihr der Tag bringen sollte. (Fort. folgt)

Als sachkundige Berater stehen den Gewerbeaufsichtsbeamten außer den Bezirksärzten die ärztlich vorgebildeten Gewerbeaufsichtsbeamtinnen sowie der Landgewerbearzt zur Verfügung, die auch bereit und in der Lage sind, aufklärende Vorträge im Sinne von Punkt 2 der Verordnung vom 23. Mai 1921 — 383 B — über die Verbindung von Gewerbeaufsicht und Wohlfahrtspflege sowie die einzelnen oben berührten Fragen vor den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu halten.

Das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium behält sich überdies vor, durch beamtete Fertigkeiten der Gewerbeaufsicht weitere Untersuchungen und Erhebungen über die Entwicklung der Erwerbsarbeit auf den Körper und das Seelen- und Gemütsleben der Frau während der Schwangerschaft in die Wege zu leiten. In den vorgeschriebenen Dienstbesprechungen des Gewerbeaufsichtsamtes sowie in denen gemäß der Verordnung vom 29. Mai 1925 — B 25: M 5 — ist den in gegenwärtiger Verordnung angeordneten und behandelten Fragen ein bevorzugter Platz einzuräumen.

Demnach ist zu erwarten, daß dem Schutze der hoffenden Mütter im Erwerbsleben von Seiten der Gewerbeaufsichtsbeamtinnen in ihrer Tätigkeit weiteste Beachtung geschenkt wird.

Wenn wir die vielseitigen Aufgaben und den ausgedehnten Wirkungskreis eines Gewerbeaufsichtsbeamten betrachten, so

wird immer wieder der Wunsch laut nach Mehrinstellung von Gewerbeaufsichtsbeamten, insbesondere von Gewerbeaufsichtsführerinnen in Industriegegenden mit hoher weiblicher Beschäftigungsdichte.

Auf Grund der reichen Erfahrungen, die ein Gewerbeaufsichtsbeamter in seiner Betätigung sammelt, kann er als sachverständiger Berater der staatlichen Behörde in Angelegenheiten des Arbeiterschutzes eine segensreiche Wirksamkeit entfalten.

Die Arbeiterschaft muß noch viel mehr bestrebt sein, mit den Angestellten der Gewerbeaufsichtsbehörde in ein gutes Arbeits- und Vertrauensverhältnis zu kommen. Wie aus den Jahresberichten der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten hervorgeht, betätigen sich bereits mehrere Vertreter und Vertreterinnen der Gewerbeaufsicht aufklärend und beratend in Veranstaltungen der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer. So wurden z. B. Vorträge gehalten über: Gewerbeaufsicht und Arbeiterschutz, Zweck und Wirken der Betriebsvertretung, Arbeitszeitverordnung und Tarifwesen, Kinderschutzgesetz, Hausarbeitsgesetz, Unfallverhütung, Gesundheitschutz weiblicher Arbeiter in gewerblichen Betrieben und damit zusammenhängende gewerbehygienische Fragen.

# Der Einfluß des Bergarbeiterstreiks auf die Beschäftigung in der Textilindustrie Großbritanniens

Der Beschäftigungsgrad in der englischen Baumwoll-, Woll- und Kammgarnindustrie wurde, wie bereits in No. 45 vom 6. November 1926 dargelegt, durch den englischen Bergarbeiterstreik ganz bedeutend herabgedrückt.

In der Baumwollindustrie schnellten Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit bereits im Mai stark in die Höhe; von allen gegen Arbeitslosigkeit versicherten Textilarbeitern waren im April erst 9,8 v. H., im Mai schon 26,6 v. H. kürzere oder längere Zeit arbeitslos. Also eine Zunahme im Mai um 170 v. H. Der Juni brachte zwar eine leichte Besserung auf 25 v. H. mit sich; diese war auf eine Abnahme der Zahl der Kurzarbeiter zurückzuführen. Im folgenden Monat jedoch wurde mit 28 v. H. Arbeitslosen und Kurzarbeitern der ungünstigste Stand der Beschäftigung im ganzen Jahre 1926 erreicht. Sodann setzte eine bis Ende 1926 anhaltende Besserung der Arbeitsmarktlage in der Baumwollindustrie ein, vom Juli bis Dezember 1926 blieb die Zahl der Arbeitslosen nahezu gleich, dagegen nahm die der Kurzarbeiter um 62,1 v. H. ab.

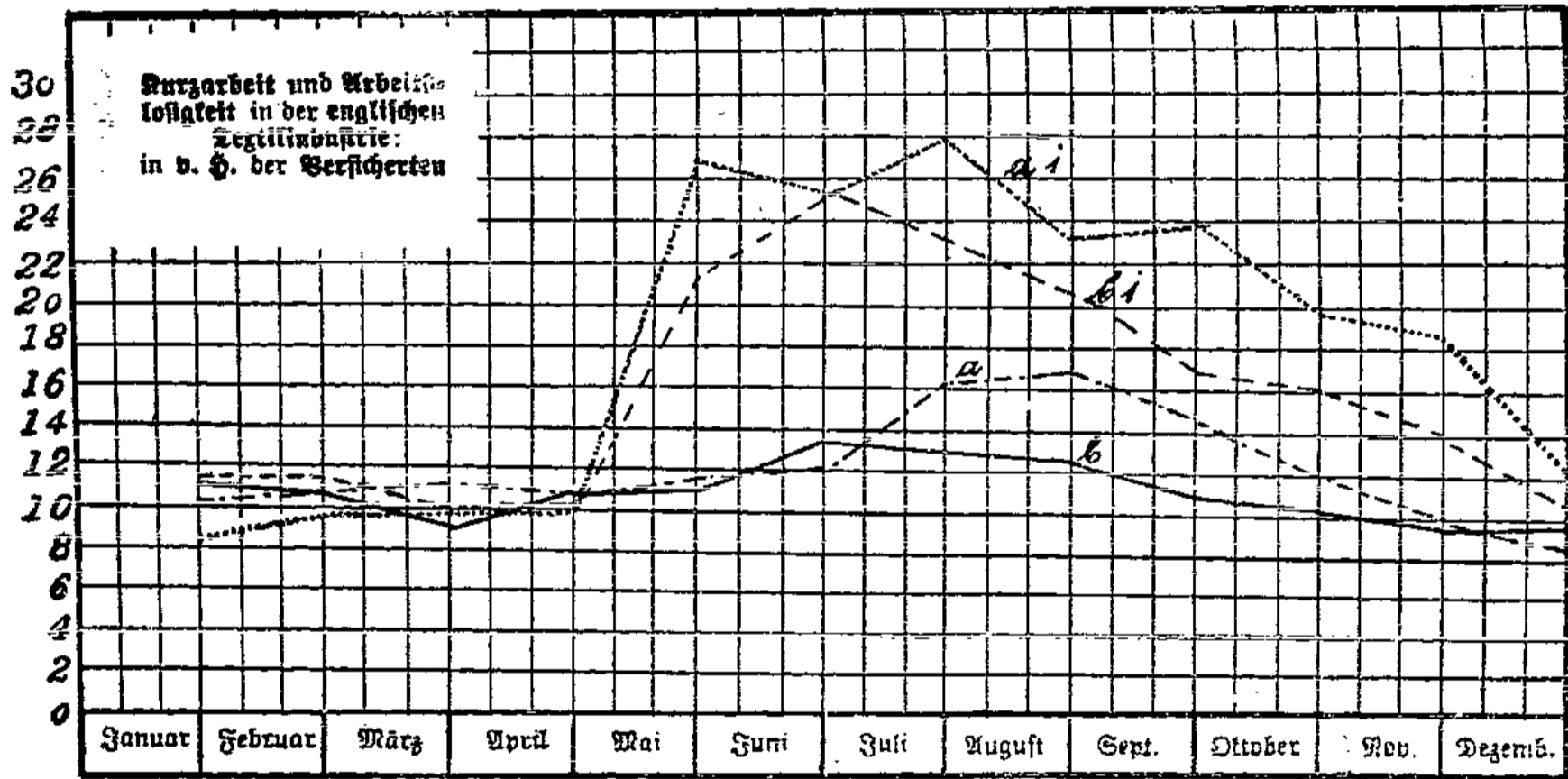
Ähnlich gestalteten sich die Verhältnisse in der Woll- und Kammgarnindustrie, nur war hier der Höhepunkt der Beschäftigungslosigkeit bereits im Juni mit 24,9 v. H. Arbeitslosen und Kurzarbeitern erreicht. Bis Jahresende läßt sich eine Zunahme der Vollbeschäftigten von 75,1 auf 89,0 v. H. feststellen.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in der Baumwollindustrie.

Monat	Jahr 1926	Durchschnitt Juli 1923 bis April 1926	Monat	Jahr 1926	Durchschnitt Juli 1923 bis April 1926
Januar	8,2	10,1	Juli	28,0	16,3
Februar	9,4	10,7	August	23,4	16,8
März	9,6	10,8	Sept.	24,1	14,9
April	9,8	10,6	Oktober	19,7	12,1
Mai	26,6	11,7	November	19,1	10,2
Juni	25,0	12,0	Dezember	13,2	8,6

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in der Woll- und Kammgarnindustrie.

Monat	Jahr 1926	Durchschnitt Juli 1923 bis April 1926	Monat	Jahr 1926	Durchschnitt Juli 1923 bis April 1926
Januar	11,1	10,8	Juli	23,4	12,7
Februar	11,1	10,4	August	21,0	12,5
März	10,2	9,7	Sept.	17,2	10,7
April	9,8	10,4	Oktober	16,3	9,9
Mai	21,0	11,3	November	14,2	9,8
Juni	24,9	12,8	Dezember	11,0	9,3



a = ————— Baumwollindustrie (Durchschnitt Juli 1923 bis April 1926)  
a1 = ..... Baumwollindustrie 1926  
b = - - - - - Woll- und Kammgarnindustrie (Durchschnitt Juli 1923 bis April 1926)  
b1 = - - - - - Woll- und Kammgarnindustrie 1926

Weniger wirksam war der Einfluß des englischen Bergarbeiterstreiks auf die Seiden- und Kunstseidenindustrie. Hier stieg die Arbeitslosigkeit von 2,6 v. H. im April auf nur 2,9 v. H. im Mai, die Kurzarbeit allerdings im gleichen Zeitraum von 4,5 auf 12,5 v. H., die Zahl der Vollbeschäftigten verringerte sich also von 92,9 auf 84,4 v. H., um im Juni wiederum auf 88,2 v. H. anzusteigen; Ende Dezember betrug sie 89,6 v. H. aller Versicherten.

Die Kurven in obigem Schaubild zeigen deutlich das scharfe Ansteigen der Arbeitslosigkeit in der englischen Textilindustrie vom Mai ab, bereits in den ersten Tagen des Generalstreiks (Ende April 1926) hatte sie ihren Anfang genommen, um dann zugleich mit dem einsetzenden Kampf der Bergarbeiter eine solche Höhe zu erreichen, wie sie in den letzten Jahren nicht mehr erlebt wurde. Gegen das Ende des Jahres fällt die Kurve auf die Linie vor Beginn des Streiks zurück. Es herrscht wieder „normale“ Beschäftigung in dieser Industrie. D. R. S.

## Allgemeine Rundschau

Beg mit dem alten Zopf!

Schon einmal wiesen wir an dieser Stelle darauf hin, daß Krankenkassen ihren erkrankten Mitgliedern eine Bescheinigung ausstellen, auf der folgendes vermerkt ist: „Der (die) Erkrankte hat sich die Krankheit weder vorsätzlich noch bei Begehung eines durch strafgerichtliches Urteil festgestellten Verbrechens oder durch schuldhaftes Beteiligung bei Schlägereien oder Raufhändeln zugezogen; er war vor Beginn der Krankheit der Invalidenversicherungspflicht unterworfen und hat berufsmäßig und nicht lediglich vorübergehend Lohnarbeit verrichtet.“

Wir schreiben damals, daß man beim Lesen dieses Satzes der Auffassung sein könnte, als ob es bei den Krankenkassen so üblich sei, daß sie sich die Krankheiten bei Schlägereien, Raufhändeln oder bei Begehung von Verbrechen zugezogen. Wir bemerken dabei, daß die Versichertenvertreter alles daran setzen müßten, daß diese die Versicherten schädigende Bemerkung auf den Krankheitsbescheinigungen verschwindet.

Leider gibt es auch heute noch eine ganze Anzahl Krankenkassen, die diesen Vermerk auf ihren Formularen noch nicht ausgemerzt haben. Unsere Mitglieder müssen überall, wo ihnen

diese Bescheinigung in die Hand gedrückt wird, dagegen protestieren, dann wird man am ehesten diesen Zopf aus der Vorkriegszeit beseitigen.

Unser Stand, der in seinen Organisationen zur Höhe strebt, kann sich diese Behandlung nicht mehr gefallen lassen. Wenn derartige Sätze, die vollständig überflüssig und unnötig sind, täglich zu Tausenden den Arbeitern in Form von Bescheinigungen verabreicht werden, dann glauben diese schließlich selbst, daß es so sein muß. Der vorwärts strebende Arbeiter steht in solchen „Kleinigkeiten“ Hindernisse auf dem Wege zu seinem Aufstieg. Er wird deshalb bemüht sein, sie aus dem Wege zu räumen.

## Wer recht wirken will,

muß nie scheitern, sich um das Verkehrte garnicht kümmern, sondern nur immer das Gute tun. Denn es kommt nicht darauf an, daß eingerissen, sondern daß etwas aufgebaut werde, woran die Menschheit keine Freude empfindet.

Goethe.

## Beseitigung der Wohnungsnot

In der Berliner Zeitung wurde kürzlich (in Nr. 14) von Richard Lion ein eigenartiger Standpunkt zum Wohnungsproblem eingenommen. Herr Lion stellt die Behauptung auf, daß private Unternehmungen über „in der Beschränkung der Zahl der Wohnungen“ die Lösung der Wohnungsnot, Gesundheit und Willigkeit einzig in der Welt darstellten. Er beruft sich auf die Erfahrung, daß man die Wohnungsnot vom 3. November 1925 wieder aufheben und die früheren Bauwerke wieder herstellen müsse. Lion soll die Unternehmer wieder den Grund und Boden ausgeben und über die fünf bis sechs mit Mittelstufen, also die Mietskafernen wieder aufbauen. Man soll sich von allen Rechten losmachen, damit wir wieder endlich zu normalen Verhältnissen auf dem Bau- und Wohnungsmarkt kommen — Kollege Triller in der Berliner Zeitung eine Erwiderung. Er glaubte, das Wort sei so objektiv, daß es auch keinen Bedarf der gegenwärtigen Ausführung unterbreiten würde. Darin hat er sich geirrt. Der Berliner Zeitung landete ihm den Artikel zurück mit dem Vermerk, daß sie dafür keine Verwendung habe. Das spricht Bände. Man gibt also in gewissen Kreisen einseitig immer der Privatindustrie Gelegenheit, ihren Standpunkt, der rein kapitalistisch ist und keine Rücksicht auf das Wohl der Allgemeinheit nimmt, durchzusetzen und nimmt der Gegenseite, die auch auf die sozialen, volkswirtschaftlichen, gesundheitslichen Zusammenhänge hinweist, die Gelegenheit, sich dazu zu äußern. Deshalb müssen wir die Aufbaumaterialien und Holzmaterialien, die für den Bau von Mietskafernen und für den Bau von Kolonnen, Treppen der öffentlichen Gebäude, die von Kollegen Triller in der Berliner Zeitung im Portale ab.

In Ihrer geschätzten Zeitung vom 9. Januar ist ein Artikel veröffentlicht von Richard Lion, der nicht unüberprüfbar bleiben darf. Ich stimme mit dem Artikelschreiber überein, daß nicht nur viel zu wenig und zu teuer, sondern auch schlecht gebaut worden ist. Die Ursachen sind jedoch nicht in der Verteilung mit Hauszinssteuer und Zusagehypotheken zu suchen, sondern darin, daß eine Preispolitik auf dem Baumarkt getrieben worden ist, der längst hätte Einhalt geboten werden müssen. Sobald die Bautätigkeit ansetzte, zogen auch die Preise für Baumaterialien in einer Weise an, die nicht durch die heutigen Löhne und dergl. gerechtfertigt sind. Außerdem kommt in Frage, daß die Zahl der Baumaterialienhändler etwa um vierfache gestiegen ist gegenüber der Zahl im Frieden, obwohl wir nur eine Bautätigkeit von etwa 50 Prozent gegenüber dem Frieden haben. Das bedeutet also in Wirklichkeit eine Zunahme der Baumaterialienhändler um das achtfache, und alle wollen verdienen, und zwar mehr verdienen als im Frieden.

Der Artikelschreiber singt ein Loblied nicht nur auf die private Bautätigkeit, sondern auch auf die Mietskafernen, wie ich es noch niemals gehört habe. Er will, daß der privaten Bautätigkeit wieder Gelegenheit gegeben wird zur Verteilung. Man soll dieselbe Unternehmerschaft wieder heranziehen, die in der Vorkriegszeit Deutschland mit Wohnungen versorgt hat, „die in Schönheit, Gesundheit, Willigkeit einzig in der Welt dastanden“.

Gestatten Sie ein paar Vergleichszahlen: Eine Arbeiterfamilie von 4 Köpfen bewohnte durchschnittlich Räume im Jahre 1925 in Deutschland 1,4, in Frankreich 2,5, in England 3, in den Vereinigten Staaten 5. Frankreich kann man, da es nicht so stark industrialisiert ist, nicht so sehr mit Deutschland vergleichen wie etwa England. Von 100 Arbeiterfamilien wohnten in Eigenheimen auf eigener Scholle im Jahre 1924 in Deutschland 9, in Frankreich 8, in England 20, in den Vereinigten Staaten 65. Bereits 1920 wohnten in den deutschen Industriestädten durchschnittlich 30-40 Menschen in einem Hause. Gleichzeitig betrug die Wohndichte eines Hauses durchschnittlich: in London 7,8 in Chicago 8,8, in New York (Brooklyn) 10,2, Philadelphia 5,4, Paris 38, Berlin 75,9. Dieses Verhältnis nennt Herr Lion einzig in der Welt dastehend. Gewiß sind die Mietskafernen einzig in der Welt dastehend, aber auch die schlimmen Folgen dieser Mietskafernen. Von den ermittelten Wohnungen in Berlin im Jahre 1925 hatten 47 889 Familien nur einen Raum, 336 279 zwei Räume, hier und bei den folgenden Zahlen die Küchen immer eingeschlossen: 385 902 drei Räume, 119 790 vier Räume. Vielleicht liest der Artikelschreiber einmal den in der deutschen Zeitschrift für Volkswohlfahrtspflege veröffentlichten Bericht von Direktor Rohm, der an der Hand der Wohnungsuntersuchungen der Allgemeinen Driskrankenkasse der Stadt Berlin reiches Tatsachenmaterial gibt. Daß in Berlin die Wohnungsverhältnisse als Ursache der Tuberkulosen zu bezeichnen sind, wird niemand bestreiten. Verbreitung der Geschlechtskrankheiten, Zerrüttung des Familienlebens, Geburtenrückgang sind nicht zuletzt auf die Mietskafernen zurückzuführen.

Trotz all der bekannten Nachteile der Mietskafernen fordert der Artikelschreiber die Aufhebung der Bauordnung vom 3. November 1925 und die Wiederherstellung der früheren Boden ausnutzen und erlaube 4-5 Stockwerke im Mittelstufen... Man lasse also die Berliner Mietskafernen wieder zu... Die Schlagworte „Herunterzogen der Baustellen und Randbebauung haben das Wohnungselend verschärft. Man mache sich von ihnen los, dann werden wir wieder normale Verhältnisse auf dem Bau- und Wohnungsmarkt bekommen.“ Nein, Berechtigt, das Wohnungselend ist verschärft durch die Ausnutzung von Grund und Boden, weil man nicht das Gemeinwohl über das Sonderinteresse stellte, weil wir eine vollständig freie Wohnungswirtschaft hatten und die Hausbesitzer und Terratingesellschaften den Grund und Boden so ausnutzen konnten, wie es ihrem Nutzen, aber nicht dem Nutzen der Mieter entsprach. Man lasse also die Berliner Mietskafernen wieder zu. Glaubte der Artikelschreiber etwa, der Rückgang der Geburten würde damit gehoben, daß man den Müttern zumtet, ihre Kinderwagen und Säuglinge fünf Treppen hoch zu bringen, oder glaubt man, die Alten und Gebrechlichen, die Kranken und Siechen würden es noch wagen können, von diesem Ausfuchstum herunterzuklettern, um in den belebten Straßen, in denen jeder Baum verdorrt, etwas frische Luft zu schöpfen. Nein, wenn wir unser Volk an Körper und Geist, an Leib und Seele gesundem lassen wollen, dann müssen wir aus der Mietskafernen heraus, das Volk in Verbindung mit dem Boden bringen und ihm praktisch zeigen, daß der Grund und Boden nicht da ist, um von einigen wenigen ausgenutzt zu werden, sondern daß er dazu vorhanden ist, Volk und Vaterland zu nützen. Schon 1911 wiesen Dr. Lindemann und Dr. Tiefmann nach, daß im Juli und August von 1892 Säuglingen in Bafarre 240 = 15 Prozent; im 3. Stock 323 = 20,2 Prozent; im 4. und 5. Stock 373 = 23,4 Prozent starben und sich ein gleichmäßiges Ansteigen der Sterbefälle mit der Höhe der Stockwerke zeigte.

Die Zahlen könnten noch ergänzt werden. Auf Wunsch stehe ich zur Verfügung. Aber dagegen müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wenden, daß der Grund und Boden als Spekulationsobjekt weiter zum Nachteil der Allgemeinheit ausgenutzt wird. Die Wohnform der Zukunft muß sein: das Flachhaus und, wenn möglich, das Einfamilienhaus. Das Hochhaus wird nicht ganz zu verdrängen sein, aber es muß dann so aussehen, daß es sich wesentlich von dem bisherigen Berliner Typ unterscheidet.

Ueber die Vorschläge zur Finanzierung des Wohnungsbaues kann man verschiedener Meinung sein. Ich habe immer die Auffassung vertreten, daß die Hauszinssteuer in viel höherem Maße, möglichst reiflos für den Wohnungsbau Verwendung finden soll. Der Vorschlag, Zinszuschüsse für den Wohnungsbau zu gewähren, ist nicht ganz von der Hand zu weisen, bedarf aber noch einer Nachprüfung.

Das Reichsarbeitsministerium hat schon im Juni ein Wohnungsbauprogramm für den Herbst in Aussicht gestellt. Ein praktisches Ergebnis liegt noch nicht vor. Hoffen wir, daß bald etwas Durchgreifendes geschieht, denn schon wieder hat das Baujahr begonnen. Ohne ein durchgreifendes, auf lange Sicht hinaus aufgestelltes Bauprogramm kommen wir nicht weiter. Das Bauprogramm wird aber auch zur Frage, ob Mietskafernen oder Einfamilienhaus Stellung nehmen müssen. Grundsätzlich nicht in dem von Herrn Lion angedeuteten Sinne.

Daß aber auch das Bodenerwerbsgesetz bald eingebracht und das Preußische Städtebaugesetz beschleunigt verabschiedet werden muß, hat der Artikel von Herrn Lion erneut bewiesen.

# Geistig-seelische und materielle Entproletarisierung

Der Arbeiterbürger muß Bürgerarbeiter werden!\*)

Proletarier sind Massen, die materiell nichts haben und geistig-kulturell nichts sind, deren Lebenshaltung äußerst niedrig, deren Einkommen höchst mäßig, deren Wille schwach und deren Einsicht gering ist. Von den anderen Schichten werden sie verachtet, politisch sind sie entrechtet, für den Staat sind sie eine Last. Solche Massen hat es wohl immer in der Geschichte bei den einzelnen Völkern gegeben, freilich nach Umfang und in etwa auch nach Charakter verschieden.

Bei uns entstand im 19. Jahrhundert

## die Schicht der Lohnarbeiterschaft.

Sie erreichte bald Millionenanzahl. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts und darüber hinaus war ihre Lage in wirtschaftlicher, sozialer, politischer und kultureller Beziehung so schlecht, daß man sie wohl im Hinblick auf den Durchschnitt als Proletarier bezeichnen konnte, wie es mit internationaler Wirkung im kommunistischen Manifest geschah: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“

Selbst dem hat sich die Lage der Arbeiterschaft bedeutend zu ihren Gunsten verändert. Politisch ist sie gleichberechtigt, wirtschaftlich ist es wenigstens so weit, daß kein Mensch mehr im Ernst beispielsweise das „eherne Lohngesetz“ zu vertreten mag, kulturell hat sie sich sicherlich in den äußeren Formen und in der Verstandesbildung gehoben.

## gesellschaftlich steht sie noch weit zurück,

(die gesellschaftliche Stellung hängt mindestens ebenso sehr wie die wirtschaftliche, von Machtentfaltung ab), wird aber immerhin weit höher gewertet als noch vor einem Menschenalter.

Trotzdem: Die Bezeichnung „Proletarier“ ist geblieben. Nicht so sehr, weil es einen bestimmten sozialen Zustand kennzeichnet, sondern weil stärker in ihm bei Millionen von Arbeitern die Sehnsucht nach dem Gegenteil sich Luft macht: die Sehnsucht nach Entproletarisierung. Man will weiter heraus aus der als proletarisch oder proletariatsähnlich empfundenen Leben-, Gesellschafts- und Kulturlage.

Dieses Streben ist an sich nicht nur berechtigt, sondern auch wünschenswert. Aber es ist nur mit großer geistiger Anstrengung und unter materiellen Opfern zu erreichen.

Geistige Anstrengung! — Dazu gehört vor allem das Ringen um klare Erkenntnis der Ziele, die die Gewerkschaften wie die soziale Bewegung in ihrer Gesamtheit sich setzen. Dazu gehört zweitens die Stärkung des eigenen Willens, an diesen Zielsetzungen aktiv mitzuarbeiten; dazu gehört drittens das unablässige Bemühen, sich selbst und seine Umgebung innerlich zu vervollkommen im Sinne jener Bildung, die im letzten Jahrgange dieses Buches näher umschrieben wurde.

## Die Entproletarisierung der Seele

fällt niemandem in den Schoß. Auch wenn die Sozialisierung den Menschen alle jene Vorteile brächte, die ihre (allerdings sehr spätlich gewordenen) unbedingten Anhänger von ihr erwarten, so müßte dennoch die seelische Entproletarisierung, also die Entfaltung der Gestaltungskraft des inneren Lebens, von jedem selbst vorgenommen werden, und zwar unter Mühen. Wer diese Mühen scheut, wer glaubt, sich im Handumdrehen „das höchste Bildung“ aneignen zu können, „wenn er nur die nötigen Mittel dazu habe“, verkennt nicht nur das Wesen der Bildung, sondern sogar die geistige Schwierigkeit des Erwerbes von Wissen.

## Die beste Bildungsschule ist das Leben.

und diese Schule steht je dem offen. Wer in den Lebenskreisen Familie, Betrieb, Nachbarschaft, Gemeinde, Staat, fördernd wirkt, und dadurch auch selbst sich einsichtiger und tüchtiger macht, der entproletarisiert sich und seine Umgebung, mag er auch materiell nicht gut gestellt sein.

\*) Dieser Artikel ist entnommen dem Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1927. Herausgeber des Jahrbuches ist der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Der Artikel ist auch enthalten in dem Textilarbeiterjahrbuch für 1927. Die Leser werden gebeten, diesem Artikel ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und dem darin ausgesprochenen Gedanken weiterhin Verbreitung zu verschaffen.

Neben dieser geistig-seelischen Entfaltung aus eigener Kraft (gewiß unter Benützung des von anderen bereits Gelernten) muß einhergehen

## die weitere materielle Entproletarisierung.

Das Ziel muß sein, dem Arbeiter soviel Entlastung an Schwere, Hast und Unsauberkeit der Arbeit, ihm soviel tägliche freie Zeit und soviel Ferien zu geben, ihm ferner soviel Lohn zuzuwenden, daß er seine Kräfte nicht vorzeitig verbraucht, daß ihn der Charakter seiner Arbeit nicht herunterzieht, daß er sich körperlich erholen und geistig fortbilden kann, und daß er darüber hinaus sich noch ein kleineres oder größeres Kapital ersparen kann.

Dieses Ziel zu erreichen, ist freilich nur durch straffen gewerkschaftlichen Zusammenschluß, durch unmittelbare Einwirkung auf den Staat zwecks Erweiterung seiner sozialpolitischen Tätigkeit in dem genannten Ziele möglich. Wer die Entwicklung, die die deutsche Arbeiterschaft in den letzten 40 Jahren genommen hat, kennt, muß an ihren weiteren Aufstieg glauben.

## Der Einwand, die Wirtschaft könne eine solche „Belastung“ nicht tragen,

wird dadurch nicht richtig, daß er seit dem erstmaligen Einsetzen der staatlichen Sozialpolitik und der gewerkschaftlichen Selbsthilfsaktionen bei jedem weiteren Schritte, der von diesen Seiten zur Befreiung der Arbeiterschaft getan wird, in alter oder neuer Singart wiederholt wird. Uebrigens gibt es, auf längere Sicht gesehen, ein gutes Merkmal dafür, was die Wirtschaft tragen kann: der Luxus. Blüht er — bei fester Währung — bei den Besitzenden, so ist die Wirtschaft noch tragfähiger. Dabei darf freilich nicht vergessen werden, daß auch die großen Massen üblen Luxus (in ihrer Art) zum Schaden ihres Gesamtwohls treiben können.

Erst dann, wenn bei durchschnittlicher materieller Lebensführung aller Beteiligten und voller Ausnützung der Arbeits- und Maschinenkräfte und bei Aufwendung aller Organisationskunst die Volkswirtschaft in notwendigen und nützlichen Dingen zusammenschumpft, ist das „Untragbar“ angebracht.

Ein anderer Einwand ist wichtiger.

## „Wer wird dann noch auf Arbeit gehen?“

Wem ist es dann noch gut genug? Nur einem: dem Einwand an sich zutreffend wäre, so hätte die bürgerliche Gesellschaft in heute reich, wenn sie sich mit aller möglichen Mittel gegen eine weitere Förderung der Arbeiterschaft wehrt. Es wäre dann die Arbeiter eben deswegen noch Proletariat, weil sie nichts anderes sein wollen und sein können. Ist der Aufstieg wäre dann eben nur Geschehen. Und der weitere Aufstieg wäre dann tatsächlich unmöglich. Nicht, aber gilt die Berechtigung, daß es so ist.

Natürlich gibt es unter der Arbeiterschaft viele Leute, die nur unter dem Zwange der No: arbeiten. Aber gibt es die im Bürgertum nicht? Oder gibt es deren heute in der Arbeiterschaft seit Einführung der Versicherungen und der Arbeitslosenfürsorge sowie der Spesung der Hungernden auf öffentliche Kosten etwa mehr als in früheren Jahrzehnten, wo man diese relative arbeitslose Sicherung der Existenz nicht kannte? Ach nein, bis auf einige wenige Hunderttausend von 22 Millionen wollen die Arbeitnehmer keine Nutznießer des Fleißes sein, das bewies ihre ganze Haltung, ihr Laufen um Arbeit in der Krise 1925/26. Und so werden sie auch noch arbeiten gehen, regelmäßig und pünktlich, wenn sie nicht Proletarisches mehr an sich haben, wie der Geschäftsmann, der Fabrikdirektor, der Lehrer, der Arzt, der Beamte, der Bauer.

## „Nicht mehr gut genug?“

Das kann doch nur solange gelten, als zwischen feiner und der Lage der Bürgerlichen ein krasser materieller Unterschied ist.

In dem Maße, wie dieser Unterschied vermischt wird durch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, durch Kapitalbesitz und Erweiterung der Berufswahl für den Nachwuchs, in demselben Maße wird das gesellschaftliche Ansehen des Arbeiters steigen, in demselben Maße wird es bürgerlich werden, Arbeiter zu sein. Der Arbeiterbürger muß Bürgerarbeiter werden! Nicht nur politisch, nicht nur rechtlich, sondern auch gesellschaftlich muß er mit den anderen Schichten gleichgestellt sein. Er ist auf dem Wege dazu. Je höher er seinen Lohn treibt, und je weiter er damit umgeht, je mehr er auf sich hält, und je besser er seinen Beruf erfüllt, desto eher emanzipiert er sich. Nicht nachlassen gewinnen!

## Textile Technik

Raut Abkommen mit dem Verlag der führenden wissenschaftlich-technischen Textilliteratur „Melliand's Textilberichte“ erhalten unsere Geschäftsstellen, Ortsgruppen und Mitglieder das Werk mit 50 Prozent Rabatt (s. Zt. monatlich ein Heft 80/100 Seiten a. M. 4.—, also für Mitglieder A 2.—). Die Bestellung kann direkt unter Bezug auf diese Notiz unter Angabe der Geschäftsstelle, der Ortsgruppe oder der Nummer des Mitgliedsbuches erfolgen beim

Verlag „Melliand's Textilberichte“, Seidelberg, Bredeplatz.

Aus dem Inhaltsverzeichnis der Nr. 2/1927 sei nur auszugsweise wiedergegeben:

**Rechn. Techn. Teil:** Samann: Bekleidungskunde. Kofmann: Studien in der Lumpenfortleitung. Brüggenmann: Das Mischen der Baumwolle für die Spinnerei. Gieseler: Spinnbüßen für die Kunstseidenfärberei (m. Abb.). Nowotny: Studie über den durch die Riemengleiten bedingten Arbeitsverlust bei der Wagenausfahrt des Selbstkars. Laetich: Ueber die Fehler in Luntzen und Vorgarn und ihre Ermittlung. Freischer: Beitrag zur Kenntnis der Krepplagen (mit Abb.). Hofler: Die Herstellung der Webblettzähne. Lehmann: Ueber Riken und Rikenfabrikation. Ester: Die Esämogewebe (mit Abb.). Lehmann: Die Technik der Webblettzähne. Lehmann: Ueber Riken und Rikenfabrikation. Ester: Die Esämogewebe (mit Abb.). Lehmann: Die Technik der Webblettzähne. Lehmann: Ueber Riken und Rikenfabrikation. Ester: Die Esämogewebe (mit Abb.). Lehmann: Die Technik der Webblettzähne.

**Textile Forschungsberichte:** Rudolph: Das Vattchen der Jute. Göttele: Ueber das Nähnische Kollimierverfahren (mit Abb.). Herzog: Eigenschaften der Fasern und Garne aus Brenneisen (mit Abb.). Schepmann: Ueber die Zerlegung der Jute in Cellulose- und Lageräumen.

**Chem. Techn. Teil:** Herbig u. Seyferth: Kritische Betrachtungen über die Prüfungsverfahren des Reibvermögens von Textilpräparaten. Sieber: Die Fixation von Weizenarbeitsstoffdrucken durch kurzes Dämpfen — durch einfache Wather-Blatt-Passage. Dr. Köhler: Nachtrag zum Aufsatz: „Die Dierne in der Textilindustrie“. Bayer: Die chemischen und mechanischen Verfahren beim Färbigen des frischengepönnerten Dischokojelie. Wegien: Die Bestimmung der Erweichungshöhe an fäulderwertigen Crépe de Chine-Stoffen. Durf & Roth: Indanthrenblau M.S. Auerbach: Neuere kolloidchemische Anschauungen über Färbervorgänge (mit Abb.). Bomertanz: Labile Verbindungen und echte Färbungen. Weiß: Ueber einige neuere Arbeiten auf dem Gebiete der basischen Farbstoffe. Haller: Untersuchungen über die Wirkungen von Stärkeaufschließungsmitteln. Kopitsch: Studien über Schlichten und Entschlichten. Internationaler Verein der Chemiker-Koloristen, Neue Farbstoffe, neue chemische Präparate.

**Weltzeitungskritikschau:** Der Abschnitt Weltzeitungskritikschau enthält wie bisher eine Fülle der wichtigsten Referate aus in- und ausländischen Zeitungen. Neue Bücher. Neue Musterkarten. Feldhaus: Das Weben antiker nachholer Gewänder (mit Abb.). Technische Auskünfte. Gesuchte Bezugsquellen.

Der Abschnitt Neue Erfindungen bringt in bekannter Weise ein Verzeichnis der Patentanmeldungen, Erteilungen, sowie Referate aus in- und ausländischen Patentchriften.

**Betriebstechnik, Organisation:** Mitteilungen des Fachnormenausschusses für Textilindustrie. Müller: Die Befestigung der Arbeitsraumluft in den Textilbetrieben. Wiener: Neuezeitliche Kraft- und Wärmanlagen in Textil- und Papierfabriken. Kraft-Thomae: Die Fabrikbuchführung in der Flechterei.

**Wirtschaftliche Teil:** Prof. Dr. Kreis 60 Jahre alt. Rosenzweig: Die Zukunft der Kunstseide. Gewerblicher Rechtsschutz. Verschiedenes. Notierungen und Kurse. Geschäftsnachrichten. Vereinsnachrichten. Offene Stellen.

## Wirtschaft und Ethik

Das Blatt der Vereinigung der bayrischen Arbeitgeberverbände hat einmal beachtenswerte Beiträge zum Thema: „Die christliche Kirche und die soziale Frage“ gebracht. Unter anderem fand sich dort auch ein von einem katholischen Arbeitgeber geleiteter Beitrag vor, worin hingewiesen wurde auf die Kundgebungen namhafter Vertreter der katholischen und evangelischen Kirche zugunsten der Arbeitnehmer. Den Kirchen wurde zwar nicht die Berechtigung abgesprochen, zu solchen Problemen Stellung zu nehmen; jedoch, so wurde gesagt, gingen die Kirchen von verkehrten Voraussetzungen aus. Die weiteren Darlegungen des Unternehmers gipfelten in der Behauptung, daß die moderne Wirtschaft nicht ethische Rücksichten anzuerkennen vermöge. „Wer verlangt, daß die christliche Ethik wieder ins Zentrum des Blickfeldes der wirtschaftlichen Menschheit gerückt wird, kehrt sich entschieden ab von dem jeglichen Tempo der Fortentwicklung unserer äußeren Lebensgüter“, so wurde mit fast brutaler Offenherzigkeit gesagt.

Es ist wahr, daß die moderne Wirtschaft die christliche Ethik nicht respektiert. Und weil sie das nicht tut, darum wurde die Wirtschaft das Primäre, das allein oder doch das überwiegend Entscheidende. Alles wird vom Standpunkt der Wirtschaft aus betrachtet: Der Mensch, der Arbeiter, die Arbeitszeit, der Arbeitslohn, kulturelle, religiöse, sittliche Fragen, Familienleben, Kindererziehung, Sonntagsheiligung, Hygiene, Wohnungsfrage sind Fragen untergeordneter Art — sie dürfen die Wirtschaft nicht hemmen, nicht beeinträchtigen.

Und die Folgen? Die Menschen wurden immer abhängiger von materiellen Dingen. Die Arbeit wurde zu einer Art Religion. Der Mensch arbeitet nicht um zu leben, er lebt, um zu arbeiten. Das Unternehmen wird Selbstzweck. Nicht allein die Arbeiter, auch die Unternehmer werden zu Sklaven des Unternehmens.

So kam der kapitalistische Geist zur Herrschaft. Der Kapitalismus, dieser brutale Machtfaktor, ist Bestimmung, und als Bestimmung ist er zu dem großen Uebel unserer Zeit geworden. Der Kapitalismus wurde zum Herrn der Welt über die Menschen, regiert und triumphiert.

Dieser Kapitalismus kennt kein Ethos, keine sittlichen Bindungen. Er kennt nur wirtschaftliche Zweckmäßigkeiten. Die dem Zwecke müssen dienen: Geld, mechanische Hilfsmittel, Menschenmaterial. Gewirtschaftet wird nicht zur Bedarfsbefriedigung, sondern des Gewinnes wegen. Ob der Gewinn aus der Schnapsproduktion, dem Kokainhandel oder der Schundfilmherstellung kommt, ist nebensächlich.

Die moderne Wirtschaft hat im Zeichen des technischen Fortschrittes Großes geleistet. Die Art der Dienstverrichtung der Naturkräfte grenzt ans Märchenhafte. Und der Erfolg? Sind die Menschen auf Grund dieser Fortschritte besser daran, sind sie vor allem glücklicher geworden?

Das ist das Verhängnisvolle, daß die Wirtschaft die christliche Ethik nicht anerkennt hat. Und wenn jemals die Spengler'sche Prophezie sich erfüllen sollte vom Untergang des Abendlandes, dann nur aus dem Grunde, weil die moderne Menschheit die christliche Sittenlehre nicht respektieren wollte.

Die Wirtschaft des Mittelalters stütze sich auf die christliche Ethik. Die mittelalterliche Gesellschaft fühlte sich innerlich gebunden und verpflichtet. Gottesliebe führte zur Nächstenliebe. Aus diesen Verhältnissen heraus wuchs die mittelalterliche und germanische Gemeinheits- und Genossenschaftsidee.

Die Wirtschaft kann nicht Selbstzweck sein. Sie hat die Bestimmung, der Menschheit zu dienen. Ihre Bestimmung ist nicht, Gewinne aufzuhäufen. Die moderne Wirtschaft erfüllt ihren Zweck nicht, weil ethische Grundsätze nicht anerkannt werden.

Das vorgeschriebene: „Du sollst!“ gilt für die in Staat und Wirtschaft zusammengefaßte Menschheit genau so gut als wie für den einzelnen Menschen. Wenn die Menschheit die Gesetze der christlichen Ethik übertreitet, dann ist das von derselben Wirkung, als wenn allgemein anerkannte Naturgesetze überschritten würden. Das muß sich immer an der Menschheit häßlich rächen.

J. Gable.

## Sozialpolitisches

### Ein Sozialwahljahr.

Wie wir hören, wird eine der ersten Arbeiten des sozialpolitischen Ausschusses des Reichstags darin bestehen, den Entwurf eines Gesetzes über Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung und dem Angestelltenversicherungsgesetz zu beraten. Das neue Gesetz will die sozialen Wahlen zeitlich zusammenlegen, also eine Art Sozialwahljahr schaffen: Zusammengelegt werden sollen: die Wahlen zu den Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Versicherungsämtern, der Alters- und Invalidenversicherung und der Angestelltenversicherung. Eine Einbeziehung der Wahlen zur Knappschaft sieht der Entwurf nicht vor. Die sozialen Wahlen sollen nach dem Entwurf in Zukunft alle fünf Jahre stattfinden. Außerdem steht der Entwurf noch die Beseitigung des indirekten Wahlrechts zum Verwaltungsrat der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte vor.

## Aus der Textilindustrie

Die österreichische Textilveredelungsindustrie vor der Stilllegung? Wie die „Reichspost“ meldet, besteht die Gefahr, daß die österreichischen Textilveredelungsbetriebe vollkommen stillgelegt werden, weil die tschechoslowakische Konkurrenz unter dem Druck ihrer Finanzinstitute im Sinne einer Verlängerung der Engagements nicht bloß tief unter ihren eigenen Erzeugungskosten nach Oesterreich einführt, sondern sogar die Zahlung des Zolles und der Warenumsatzsteuer für ihre österreichischen Abnehmer übernimmt. Bei Ausdauer dieses Verhältnisses ist das Brotloswerden einer großen Zahl qualifizierter Arbeiter und die Stilllegung aller Textilveredelungsbetriebe eine Frage der kürzesten Zeit.

## Deutsch-italienische Kunstseidenverständigung.

Der bekannte Patentstreit der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken Ait.-Ges., Eibersfeld gegen mehrere italienische Gesellschaften, der bekanntlich zu einer Teillösung dahingehend geführt hatte, daß sich die italienische „Socie de Chatillon“ mit der Glanzstoffgruppe verglich, hat nunmehr zu einer vollständigen Einigung zwischen den beteiligten Firmen geführt. Am 19. Januar fand in Zürich eine Konferenz statt, bei der die Vereinigten Glanzstoff-Fabriken Eibersfeld und die italienische Firma Seta Artificiale Varedo, sowie die ihr verwandten Firmen Ceriano und Aquila teilnahmen. In dieser Sitzung ist man, laut „Konfektionär“, zum Abschluß eines freundschaftlichen Übereinkommens gelangt, das eine gegenseitige Zusammenarbeit der deutschen und italienischen Gesellschaften vorsieht.

Aus unserer Arbeiterinnenbewegung

Von unserer Bezirksarbeiterinnen-Tagung in Münster.

Die münsterländische Bezirksleitung hatte zum 8. und 9. Januar die führenden Kolleginnen aus den einzelnen Ortsgruppen zu einer Arbeiterinnen-Konferenz eingeladen.

Nachdem mit einigen einleitenden Worten die Tagung eröffnet und das Büro gewählt worden war, nahm die Kollegin Wollschlaeger das Wort zur ihrem Vortrage: 'Die Arbeiterin in Familie, Gesellschaft und Wirtschaftsleben'.

Die große Aufgabe als Arbeiterin im Wirtschaftsleben ist für uns, gestaltend auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse, den Arbeiterinnen- und Jugendschutz einzuwirken.

Die große Aufgabe als Arbeiterin im Wirtschaftsleben ist für uns, gestaltend auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse, den Arbeiterinnen- und Jugendschutz einzuwirken.

Die große Aufgabe als Arbeiterin im Wirtschaftsleben ist für uns, gestaltend auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse, den Arbeiterinnen- und Jugendschutz einzuwirken.

Die große Aufgabe als Arbeiterin im Wirtschaftsleben ist für uns, gestaltend auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse, den Arbeiterinnen- und Jugendschutz einzuwirken.

Die große Aufgabe als Arbeiterin im Wirtschaftsleben ist für uns, gestaltend auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse, den Arbeiterinnen- und Jugendschutz einzuwirken.

Berichte aus den Ortsgruppen

Dülken. Ein frisch pulsierendes Gewerkschaftsleben. Die ungeheure Erwerbslosigkeit, die mir seit längerer Zeit haben, und von der unsere Stadt besonders heimgegriffen wurde, hat auch unserem Verband außerordentliche Opfer an Geld und Mitglieder gekostet.

Satzungen der Jugendabteilungen des Zentralverbandes christl. Textilarbeiter Deutschlands.

Von Vorstand und Ausschuss am 17. Mai 1926 einstimmig beschlossen.

1. Organisation und Verwaltung. Die jugendlichen Mitglieder des Verbandes haben das Recht innerhalb des Verbandes nach Geschlechtern getrennte Jugendgruppen zu bilden.

2. Zweck der Jugendgruppen. Die Jugendgruppen haben zum Zweck: 1. Die Mitglieder mit den Grundfragen, Bestrebungen und Einrichtungen unseres Verbandes und der Gesamtbewegung vertraut zu machen...

neuen Streikern, aber auch ein kräftiges Bravo den rührigen Kollegen und Kolleginnen, die freudig ihre freie Zeit für die große Sache opferten.

Giesfeldkirchen. Ein rechter Gewerkschaftsgeist vorhanden. Am Samstag, den 20. Januar, im Lokale von Karl Braun tagende Generalversammlung unserer Ortsgruppe erfreute sich eines guten Besuchs.

Es folgte dann ein Vortrag des Kollegen Mösges über: 'Wo stehen wir in der Arbeitszeitfrage?' Der Vortragende schilderte die Verhältnisse in den Betrieben, wie sie sich nach der Verordnung vom 21. 12. 1923 gestaltet hätten.

Einzelangabe im hiesigen. Aufwärts und vorwärts im neuen Jahre! Tiefer Schnee liegt auf der Berg. Mitten im Dorf steht ein Triumphbogen mit einem Transparenz 'Skl-Hell'.

Unser Vorsitzender, Kollege Walzel, freute sich, eine so große Anzahl von Mitgliedern begrüßen zu können, insbesondere auch unseren Kollegen Sekretär Egger.

Die Versammlungstätigkeit war eine sehr rege. Im ganzen wurden neun Versammlungen abgehalten. Zu fünf Konferenzen wurden Delegierte entsandt.

4. Mitgliedschaft. Mitglieder der Jugendgruppen können nur jugendliche Textilarbeiter und Arbeiterinnen werden, die das 14. Lebensjahr erreicht haben und Verbandsmitglied sind.

5. Rechte der Mitglieder. Die Mitglieder der Jugendgruppe haben das Recht, aus ihrer Mitte den Ortsgruppenvorstand, bestehend aus dem Vorsitzenden, Schriftführer, Kassierer und einem oder mehreren Beisitzenden, zu wählen.

6. Pflichten der Mitglieder. Ehrenpflicht eines jeden Mitgliedes ist es in allen den Verband oder die Jugendgruppe betreffenden Angelegenheiten den Anweisungen der Zeitung Folge zu leisten.

7. Aufbringung der finanziellen Mittel. Die Jugendgruppen sind berechtigt, zur Bestreitung der der Gruppe ermachenden geschäftlichen und sonstigen Ausgaben neben dem Verbandsbeitrag einen monatlichen Sonderbeitrag zu erheben.

Die jugendlichen Mitglieder des Verbandes haben das Recht innerhalb des Verbandes nach Geschlechtern getrennte Jugendgruppen zu bilden.

deutlicher heroor und fordern zielbewusste Arbeit für den Ausbau einer gesunden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Die Neuwahl ergab, daß sämtliche Vorstandsmitglieder mit großer Stimmenmehrheit wiedergewählt wurden.

Die Neuwahl ergab, daß sämtliche Vorstandsmitglieder mit großer Stimmenmehrheit wiedergewählt wurden und unter großem Beifall die Wahl wieder annahmen.

Reutlingen im Allgäu. Eine eindrucksvolle Generalversammlung. Mit Worten herzlichster Begrüßung eröffnete am 23. Januar 1927 unsere Vorsitzende, Kollegin Böckler, unsere Generalversammlung.

Nicht bloß bei uns in Reutlingen, sondern in ganz Deutschland war für die Textilarbeiter das Jahr 1926 eines der sorgenvollsten. Die Krise legte bei uns zwar etwas später ein, leider aber um so heftiger.

Zur Aufklärung und Schulung unserer Mitglieder wurden 21 Versammlungen abgehalten. An die erwerbslosen weiblichen Mitglieder wurde an 30 Tagen Näh- und an 25 Tagen Kochunterricht erteilt.

Trotz alledem haben wir uns gut gehalten, und ist der Mitgliederverlust in unserer Ortsgruppe verhältnismäßig gering. Die größte Scharte wurde durch die Werbearbeit ausgeglichen.

Gewiß hat jeder Kollege und hat jede Kollegin noch die Jubiläumsummer unserer Textilarbeiterzeitung. Schaut sie nur immer wieder an, da könnt ihr sehen, was in einem Vierteljahrhundert nicht alles geleistet worden ist.

Den Bericht der Arbeiterinnenkommission gab die Kollegin Uehlinger vor. Die harte Zeit des Jahres 1926 hatte auch die Arbeiterinnenkommission stücker auf den Plan gerufen.

Nach dem Kassenbericht, der uns insbesondere die großen Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung zeigte, wurde die Neuwahl vorgenommen. Alle Kolleginnen und Kollegen wurden wiedergewählt.

Die Vorsitzende ergriff noch einmal das Wort und dankte allen für ihr Erscheinen, dankte insbesondere unseren Kollegen Böckler und Egger für ihre tatkräftige Interessenvertretung.

Vörsch. Die Mitglieder der zur Lohnfrage. Als Mitglied des Betriebsrätekurses veranstalteten das christliche Gewerkschaftsamt und der Gesamtverband deutscher Angestellten-gewerkschaften am vergangenen Dienstagabend einen Lichtbilder-Vortrag über: 'Die Baumwolle als Welthandelsware'.

Die jugendlichen Mitglieder des Verbandes haben das Recht innerhalb des Verbandes nach Geschlechtern getrennte Jugendgruppen zu bilden.

Die jugendlichen Mitglieder des Verbandes haben das Recht innerhalb des Verbandes nach Geschlechtern getrennte Jugendgruppen zu bilden.

hildern, welche die Anpflanzung und Kultur, sowie die vielseitige Verwendungsmöglichkeit der Baumwolle zeigten. Der Vortrag wurde von den zahlreich erschienenen Zuhörern mit großem Beifall aufgenommen.

Zum zweiten Teile des Abends gab der christliche Textilarbeiterverband den von der Schlichtungskammer unter Vorsitz des Landesrichters, Herrn Landrat Siehle-Karlsruhe, gefällten Schiedsspruch für die badische Textilindustrie bekannt. Herr Bezirksleiter Kümmele berichtete über den Lohnstreit und über die in Karlsruhe geführten Verhandlungen in ausführlicher Weise. Nach kurzer Diskussion wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

„Die heute, Dienstag, den 26. Januar 1927, im Storchensaal tagende und gutbesuchte Mitgliederversammlung des christlichen Textilarbeiterverbandes, Ortsgruppe Lörrach, nahm Stellung zu dem in Karlsruhe gefällten Schiedsspruch.

Allgemein wurde bedauert, daß der Herr Landesrichter den berechtigten Forderungen der badischen Textilarbeiter nicht weiter entgegenkam und die Forderungen nicht voll bewilligt wurden. Nicht acht, sondern 15 Prozent wären notwendig gewesen. Um die Zelllöhne an die Höhe heranzubringen, wie sie in Württemberg in der Ortsklasse 2 seit über einem Jahre bezahlt werden. Die Anwesenden sind der Meinung, daß auch die badischen Textilarbeiter diese Lohnsätze bezahlen könnten, wie dies in Württemberg, in Südbayern und in den rheinischen Bezirken der Fall ist.

Wenn wir trotzdem dem gefällten Schiedsspruch zustimmen, so nur deshalb, um endlich in der Lohnfrage überhaupt wieder einen Schritt vorwärts zu kommen, und um das Existenzminimum der 42000 badischen Textilarbeiter etwas zu heben.

Die Versammlung ermahnt aber, daß dieser Schiedsspruch, falls er von Arbeitsverweigerung abgelehnt wird, dann vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt wird, um so den Wirtschaftsfrieden sicher zu stellen.

Die Versammelten erklären einstimmig, alles tun zu wollen, um diesen Schiedsspruch endgültig zur Durchführung zu bringen.

Nachdem der Vorsitzende, Kollege Baumgartner, noch den beiden Verhandlungsleitern Kümmele und Rindler den Dank für ihre bisherige Mühelosigkeit ausgesprochen hatte, wurde die einstimmig verlassene Versammlung geschlossen.

Neuenkirchen. Es war für einen echten Gewerkschaftler eine Freude, an der Generalversammlung unserer Ortsgruppe teilzunehmen. Nicht nur der Besuch war außerordentlich stark, sondern auch der einmütige Geist, der sich besonders bei der Vorstandswahl zeigte, war hervorzuheben.

Der Vorsitzende, Kollege Böwling, gab zunächst den Jahresbericht der Ortsgruppe, woraus hervorging, daß innerhalb der Ortsgruppe im vergangenen Jahre vorzügliche Arbeit geleistet wurde und die Mitgliederzahl sich um ein beträchtliches hatte steigern können. Aus dem Kassensbericht ging ebenfalls hervor, daß auch in finanzieller Beziehung eine Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen war. Danach anschließend gab der Kollege Archätor-Rheine eine Liebericht über die Tätigkeit des Sekretariats. Auch zeigte sich, daß sowohl in Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterschaft, als auch in Betreff der Erteilung von Rechtsauskünften ein gutes Stück Arbeit geleistet wurde. In der Aussprache wurde die Arbeit der Ortsgruppenleitung und der Sekretariatsleitung dankend anerkannt. Auch die Lohnbewegung, deren Werdegang und augenblicklichen Stand derselben wurde dargelegt, das umso mehr interessierte, als ja die Firma Gerstiens besonders in Frage kam.

Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl der Kollegen Götike, Bachmann, Brink, Beermann und Willers und die Neuwahl der Kollegen Stratzmann, Böckmann und der Kollegin Maria Cofse. Nachdem dann noch die Kartelldelegierten und Revisoren gewählt waren, wurde die Generalversammlung mit der Aufforderung, auch im neuen Jahr mit fröhlichem Opfermut in der Gewerkschaftsbewegung mitzuarbeiten, geschlossen.

Lehrer. Von unserer Jahreshauptversammlung. Unsere diesjährige Generalversammlung fand statt am 14. Januar. Sie war sehr gut besucht. Der Vorsitzende, Kollege Johann Büter, eröffnete sie, begrüßte die Erschienenen, besonders auch unserer Bezirksleiter Kollegen Hecke und Gewerkschaftssekretär Kollegen Sparenberg und gab seiner Freude Ausdruck über den guten Besuch der Versammlung. Er hoffte, daß auch in Zukunft die Mitgliederversammlungen so zahlreich besucht sein werden wie diese Versammlung. Darauf trug er den Jahres- und Geschäftsbericht vom Jahre 1926 vor. Aus demselben ist folgendes hervorzuheben: Im verfloßenen Jahre fanden statt eine Generalversammlung, vier Mitgliederversammlungen, vierzehn Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen, woran auch die Betriebsratsmitglieder teilnahmen, und vier engerer Vorstandssitzungen. Außerdem machte die Ortsgruppe am 27. Juni einen Familienausflug nach dem Birt Pfalz in der Pfalz, und am 19. September beteiligte sich dieselbe mit 500 Personen an dem großen Demonstrationszug in Rheine. Ferner wurde eine Jugendgruppe gegründet, welche jetzt 30 Mitglieder zählt. Umständlicher konnte bis jetzt kein Unterrichtskursus abgehalten werden. Es soll noch ein Lichtbildervortrag über die Baumwolle und ihre Verarbeitung bis zum Fertigfabrikat gehalten werden. Nach diesem Bericht gab unser Kassierer, Kollege Albert Bertram zuerst den Kassensbericht vom 4. Quartal 1926 und anschließend den Gesamtkassensbericht vom Jahre 1926. Beachtenswert aus demselben war, daß im verfloßenen Jahre allein an Krankenunterstützung 2662,05 M., an Sterbeunterstützung 130 M. und an Arbeitslosenunterstützung 18 M. ausgezahlt worden sind. Unsere Ortsgruppe hat zur Zeit eine Mitgliederzahl von 963, davon sind 498 männliche und 465 weibliche Mitglieder. Gestorben sind drei Kolleginnen und zwei Kollegen. Auf Anfrage des Vorsitzenden an die Kassensrevisoren, ob Kasse und Bücher geprüft seien, erklärten dieselben, daß sie alles geprüft und Kasse und Bücher in bester Ordnung vorgefunden hätten. Dem Kassierer wurde darauf Entlastung erteilt. Der Vorsitzende dankte dem Kassierer für seine Arbeit und hob hervor, daß es keine Kleinigkeit sei, in einer großen Ortsgruppe die Kassenschriften zu führen. Hierauf gab der Vorsitzende der Sterbekasse des christlichen Textilarbeiterverbandes, Kollege Karl Westfahl, den Jahres- und Kassensbericht der Sterbekasse. Im vergangenen Jahre habe die Kasse 23 Sterbefälle zu verzeichnen gehabt. Davon seien 12 Kinder und 11 Erwachsene. Die Kasse hatte eine Gesamteinnahme von 588,75 M. und eine Ausgabe von 581.— M., jedoch ein Bestand von 7,75 M. verbleibt. Da auch diese Kasse geprüft und alles in bester Ordnung befunden war, wurde auch dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Kasse hat zur Zeit 306 Mitglieder. Hierauf wurde zur Wahl des Ortsgruppenvorstandes geschritten. Laut Statut scheidet die Hälfte des Vorstandes aus. Bevor die Wahl stattfand, gab Bezirksleiter, Kollege Hecke, einige praktische Winke und Ratsschläge zu derselben, um sie einfach zu gestalten. Gewählt als erster Vorsitzender wurde Kollege Bernhard Dohs. Nach seiner Wahl wurde ihm sofort die Leitung der Versammlung übertragen. Vorerst dankte er für das Vertrauen, welches ihm entgegengebracht worden sei. Besonders dankte er auch dem bisherigen Vorsitzenden, Kollegen Büter, für seine Mühe und Arbeit, welche er mit der Leitung der Ortsgruppe gehabt habe. Es freute ihn, daß er noch im Vorstand verbleibe, weil er nach den Posten als Unterkassierer behalte und so seine Erfahrungen und Kenntnisse weiter zum Wohl der Ortsgruppe verwerten werde. Auch er wolle das tun, was in seiner Kraft stehe für das Wohl der Ortsgruppe. Darauf leitete er die weitere Wahl. Wiedergewählt wurde als Unterkassierer Kollege Heinrich Schützmann, als erster Schriftführer Kollege Anton Dörken und als Revisoren die Kollegen Hermann Kempers, Bernhard Hinkenjan und Josef Diebhaus. Neugewählt als Revisoren wurden die Kollegen Gerhard Aiferink,

Lambert Heuzinger und die Kollegin Gesine Hoffer. Als Kassensrevisoren wurde Kollege Bernhard Dörken wieder- und Kollege Hermann Wieling neugewählt. Nach der Vorstandswahl hielt Bezirksleiter Kollege Hecke einen interessanten Vortrag über die bisherigen Lohnverhandlungen und über den am 10. Januar in Dortmund gefällten Schiedsspruch. Er kennzeichnete so recht das Verhalten des Verbandes Ministerländischer Textilindustrieller und ermahnte die Anwesenden, treu und fest wie bisher zum Verbands zu halten, dann würde auch der Erfolg nicht ausbleiben. Kollege Sparenberg berichtete noch über eine interessante Verhandlung mit einer Ahausener Firma. Nachdem schloß unser Vorsitzender die äußerst anregend verlaufene Versammlung.

Deflingen-Brennet. Generalversammlung. Vergangenen Sonntag nachmittag fand unsere ordentliche Generalversammlung im „Schwanensaale“ statt. Der erste Punkt Geschäftliches und Vorstandswahl war rasch erledigt, denn durch einstimmigen Zusatz wurde der bisherige Vorstand, Kollege Friedrich Wilmann, wiedergewählt, der die Wahl nach einigen Bedenken erfreulicher Weise auch wieder annahm. Hierauf berichtete der anwesende Bezirksleiter, Kollege Kümmele aus Lörrach, über den Lohnstreit in der badischen Textilindustrie und über den unter Vorsitz des Landesrichters gefällten Schiedsspruch. In der Diskussion kam lebhaft zum Ausdruck, daß der Schiedsspruch die Arbeiterschaft nicht ganz befriedigt, und wenn man ihn trotz aller Bedenken annimmt, so nur deshalb, um überhaupt wieder einmal eine Verbesserung für die Arbeiterschaft zu erreichen. In der nun folgenden Abstimmung wurde der Schiedsspruch mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Zum Schluß wurde noch angeregt, im Laufe des Sommers einen Ausflug in den Schwarzwald zu machen, was freudig aufgenommen wurde. Im Zeichen gemüthlicher Geselligkeit blieben die Mitglieder noch ein Stündchen beisammen.

Briefkasten der Schriftleitung

S. B. in Dülken (Rhld.): Briefkasten und Versammlungskalender sollen in der Verbandszeitung auch fernerhin regelmäßig erscheinen. Es ist bedauerlich, daß von dieser Einrichtung so wenig Gebrauch gemacht wird. Alle für die Veröffentlichung bestimmten Fragen und Bekannmachungen sind direkt an die Redaktion nach Düsseldorf zu senden.

Ein einige regelmäßige Mitarbeiter: Damit eure Arbeiten für die Folge einen noch höheren Grad der Vollkommenheit erreichen, will ich demnächst noch einmal die Preise für veröffentlichten. Für heute nur kurz folgendes:

1. Für jeden Gedanken ist ein Satz zu bilden. Dieser Satz muß aber vollständig sein. Es dürfen in ihm nicht wesentliche Bestandteile fehlen.

Jemanden einen Beruf geben, heißt nicht allein, ihm einen Erwerb schaffen. Die Arbeit ist gewiß nicht in erster Linie Selbstzweck. Doch, wer die Arbeit lediglich als Mittel zum Zweck betrachtet, als notwendiges Uebel, das man halt auf sich nehmen muß, weil man kein bequemeres Mittel zum Gelderwerb hat, dem ist die Arbeit nicht Beruf, sondern nur Erwerbsmittel.

2. Das Zueinanderhinein von Sätzen ist unter allen Umständen zu vermeiden. Man schreibe dann lieber mehrere kurze Sätze. Das ist viel besser als wie ein ganz langer ineinandergefügelter Satz, der an einen bestimmten Plagegeist im menschlichen Körper erinnert.

3. Bei einem längeren Bericht oder Artikel sind möglichst oft Absätze zu machen. Damit wird dem Redakteur Arbeit erspart. (Siehe „Rede- und Stilkunst“ von Lugmayer. Zu beziehen durch den christlichen Gewerkschaftsverlag Berlin-Wilmersdorf.)

Auf verschiedene gleichlautende Anfragen: Es wird gewünscht, daß über die gerade zur Zeit überaus zahlreichen Bewegungen in der deutschen Textilindustrie im Verbandsorgan nicht nur allein kurze Berichte erscheinen, sondern daß diese Berichte auch nach den verschiedensten Seiten hin kommentiert werden. Dieses Verlangen ist vollumfänglich berechtigt. In einigen Fällen ist das auch in der letzten Zeit recht wirkungsvoll geschehen. Die für alle Leser wertvollen Besprechungen über die bei Bewegungen gemachten Lehren und Erfahrungen können am besten von jenen Mitgliedern geschrieben werden, die mitten in diesen Bewegungen gehalten und sie geführt haben. An diese ergeht die Aufforderung zur Mitarbeit in dem hier angedeuteten Sinne.

G. L. in Epe (Westf.): Vielen Dank für die Zusendung des überaus beachtenswerten Aufsatzes von Rudolf Predeek über die Unkunst der Dilettantenbühnen. Manches, was darin gesagt wird, gilt auch vollinhaltlich für gelegentliche Theateraufführungen bei Gewerkschaftsfesten. Die sozialen und ethischen Werte des Theaterspiels — auch jenes von Nichtberufsschauspielern — sollen nicht verkannt werden. Es darf aber nicht übersehen werden die große Verantwortung, die mit der Aufführung von Theaterspielen verbunden ist. Die Spieler — auch die Nichtberufsspieler — sollen verlebendigt und somit Träger und Uebermittler der Darstellungskunst sein. Diese Darstellungskunst hat eine ungeheure sittliche Bedeutung für das gesamte Volk. Viele Spiele, die etwas nicht Möglichen zeigen, sind keine Darstellungen im guten Sinne. Für Deine Aufmerksamkeit und Dein großes Interesse an dieser bedeutungsvollen Frage nochmals besten Dank.

F. St. in M.-Gladbach: Deine Mitteilung wird wünschgemäß zu einer Kritik für die Verbandszeitung verarbeitet. Wenn das nur recht viele Mitglieder Deinem Beispiel folgen und in jedem Falle über Vorkommnisse in den Betrieben, die doch von allgemeinem Interesse sind, berichten würden. Die Zeitung würde dadurch ungemein an Ansehen gewinnen und die Bewegung würde gefördert. Für Deine Mitarbeit herzlichen Dank.

H. R. in Stuttgart: Dein Artikel, der modernisiert wurde, fand bereits in der Nr. 4 der „Textilarbeiter-Zeitung“, Jahrgang 1927. Wo bleibt nun der von Dir schon im Dezember in Angriff genommene Artikel? Versprechen muß man halten!

B. G. in Eberfeld: An Dichtern haben wir keinen Mangel. Reimeschmieden ist noch lange nicht Dichtkunst. Versuche einmal in Prosa einen bemerkenswerten Vorgang aus dem Arbeiterleben zu schildern. Nichts für ungut und besten Gruß.

J. B. in Aachen: Deine Befürchtung ist grundlos. Unsere Gewährsleute geben wir nicht preis. Im übrigen ist keine Kritik an der Firma, sondern an dem Verhalten einer Meisterin geübt worden. Bis nicht das Gegenteil bewiesen wird, habe ich keinen Grund, an der Glaubwürdigkeit des Veröffentlichten zu zweifeln.

L. J. in Krefeld: Du hast recht! Es hat sich um den Bericht der Industrie- und Handelskammer von 1925 gehandelt. Es war das eine irrtümliche Annahme von mir. Den Bericht von 1925 habe ich hier. Warum muß Dich das betreffen, wenn Kollegen, die nicht in Krefeld anwesend sind, mich auf Vorgehen aufmerksam machen, die dort von Statuten gehen? Der Kollege hat mir in der besten Absicht die Mitteilung gemacht. Dafür habe ich ihm gedankt. Bekräftigen müßte es mich, wenn die Kollegialität nicht einmal unter den Redakteuren der Gewerkschaftspresse so weit gehen würde. Weber Dir noch einem anderen wurde irgend ein Vermerk gemacht. Warum denn nun gleich die Rolle des „Krautgen“ mir nicht an gepfeilt?

D. R. in Langenbielau: Was lange währt, wird endlich gut.“ Ich bin nun gespannt wie ein Fiedelbogen auf Deinen

Artikel. Daran, daß er Dir gegnügt ist, habe ich keine Zweifel. Bekommst Du von mir keine Meinungsäußerung, dann ist die Arbeit gut. Für Deine rege Mitarbeit vielen Dank und Gruß. S. B. in Waldkirch (Siegau). Deinen Bericht von der Familienfeier des Kartells Rollnau habe ich erhalten. Leider kann er aber in unserer Verbandszeitung nicht veröffentlicht werden. Es fehlt uns an Raum hierfür. Raum ist es uns ja möglich, die Veranstaltungen der Ortsgruppen unseres Verbandes unterzubringen. Würde ich diesmal Deinen Bericht aufnehmen, könnte ich nächstens den Berichten anderer Kartelle die Aufnahme nicht mehr verweigern. Also „Führe mich nicht in Verjüngung“.

Bücher und Schriften

Textil-Wörterbuch. Herausgegeben vom Gewerkschaftsdirektor Dr. R. Schams, Reichenbach im Vogtland. (Siehe auch untenstehende Anzeige!)

Ein Taschenbuch mit überaus zahlreichen Erklärungen der in der Textilindustrie vorkommenden Fachausdrücke. Es ist ein handliches Nachschlagebüchlein, das der zuverlässigen und raschen Orientierung dient, sobald Textilfragen zu beantworten sind. Es ist wohl das einzige Buch dieser Art, das in einer alphabetischen Zusammenstellung die wichtigsten in Textilgewerbe vorkommenden Ausdrücke erklärt. Wir können mit gutem Gewissen seine Anschaffung nicht nur empfehlen allen in der Textilindustrie beruflich Bemühten, vor allem Besuchern von Textilschulen und Teilnehmern an Fachkursen, sondern auch in erster Linie allen Ortsgruppen unseres Verbandes. Das Buchchen ist wie geschaffen für die Büchererei unserer Ortsgruppen. Es ist im Verlage von Friedrich Otto Müller in Altenburg/Jülich erschienen, kann aber auch durch unseren Christlichen Gewerkschaftsverlag, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25, bezogen werden.

Versammlungskalender

Schiefbahn. Am 20. Februar findet, um 6 Uhr beginnend, im Saale von Karl Holz ein Werbaend unserer Jugendgruppe statt, zu der alle Mitglieder mit ihren Familienangehörigen herzlich eingeladen sind. Stellvertreter der Verbandsvorsitzender Fischer-Düsseldorf wird sprechen. Neuwelt b. M.-Gladbach. Unsere beiden Jugendgruppen veranstalten am 20. Februar, abends 8 Uhr, bei Krahl einen Familienabend. Hierzu ergeht an alle Mitglieder, besonders an die Jugendlichen, recht dringende Einladung. Redakteur Müller-Düsseldorf wird einen Vortrag halten.

In unserem Verlage erschien soeben der Führer durch das Betriebsrätegesetz. Ein gemeinverständlicher Ratgeber für die im Zentralverband christlicher Textilarbeiter vereinigten Betriebsvertreter. Das Buch umfaßt fünf Abschnitte: I. Das Betriebsrätegesetz mit Erläuterungen. II. Wie wäre ich mich gegen das Entlassungsgesetz? III. Erläuterter Wahlordnung zum B. R. O. IV. Nebengesetze und Verordnungen. V. Schriftsätze für die Betriebsrätepraxis. Das Buch ist 300 Seiten stark und fest kartoniert. Für Mitglieder unseres Verbandes beträgt der Preis 1.50 Mk. Nichtverbandsmitglieder bezahlen 2.50 Mk. Bestellungen sind bei der Hauptgeschäftsstelle oder bei den Bezirks- und Sekretariatsleitungen zu machen.

Friedr. Otto Müller, Verlag, Altenburg/Jh. Für jeden Textilarbeiter ein wirklich wertvolles Hilfsbüchlein erscheint soeben unter dem Titel „Textil-Wörterbuch“ herausgegeben vom Gewerkschaftsdirektor, Studien- und Gewerkschaftsdirektor Dr. R. Schams, Reichenbach i. S. 182 Seiten, gut in Ganzleinen gebunden M. 2.80. Bei Abnahme einer größeren Anzahl Exemplare für Schulen, Vereine usw. entsprechend billiger. Das Buch bietet eine alphabetische Zusammenstellung und Erklärung der wichtigsten in Textilgewerbe vorkommenden Ausdrücke, die zuverlässiger und rascher Orientierung bei der Beantwortung textiler Fragen dienen. Besonders wertvoll für jeden in Textilindustrie und -gewerbe Beschäftigten, jeden Textilarbeiter, allen Textilarbeitern, beim Schreiben von Texten für jeden Textilarbeiter, sowie jeden Juristen an Textilarbeiter. — Zu beziehen durch jede Buchhandlung sowie direkt vom Friedr. Otto Müller, Verlag, Altenburg/Jh.

Inhaltsverzeichnis. Artikel: „Gegen den Beschäftigtenblock“ — Lohn- und Arbeitsfreitragheiten in der Textilindustrie. — Das „Dinka“ — Gewerkschaft — Frauenschutz — Der Einfluß des Vergarbeitsstreiks auf die Beschäftigung in der Textilindustrie Großbritanniens. — Befreiung der Wohnungsmot. — Geistig-sittliche und materielle Entproletarisierung. — Wirtschaft und Ethik. — Feuilleton: Meiner Mutter. — Erwerbstätige Frauen. — Textile Technik. — Sagen der Jungendabteilungen des Zentralverbandes christl. Textilarbeiter Deutschlands. — Allgemeine Rundschau: Weg mit dem alten Jopff — Sozialpolitisches: Ein Sozialwahljahr. — Aus der Textilindustrie: Die österreichische Textilveredelungsindustrie vor der Stilllegung? — Deutsch-italienische Kunsthandverstandigung — Aus unserer Arbeiterinnenbewegung: Von unserer Bezirksarbeiterinnentagung in Münster. — Bericht aus den Ortsgruppen: Dülken. — Stiefenkirchen. — Hindelang im bayer. Allgäu. — Kempton im Allgäu. — Vörrach — Neuenkirchen. — Ochtrup. — Deflingen-Brennet. — Briefkästen der Schriftleitung. — Bücher und Schriften. — Versammlungskalender. — Inserate. Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf, Glockstr. 7.